This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

HF
1733
A9G31

Zwischen Krieg und Frieden

14

Ein Wirtschafts- und Zollverband

zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn

Von

Eugen von Philippovich

S. Hirzel in Leipzig

4.—6. Tausend

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Ein Wirtschafts- und Zollverband

zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn

von

Dr. Eugen von Philippovich

K. K. Hofrat, o. ö. Professor der politischen Ökonomie an der Universität Wien, lebensl. Mitglied des österr. Herrenhauses

UNIV. OF CALIFORNIA

Leipzig 1915

Verlag von S. Hirzel

Digitized by Google

HF 1733
.A9G37

Copyright by S. Hirzel at Leipzig, 1915

Das Recht der Übersetzung ist vorbehalten.

Digitized by Google

Vorwort.

Ich habe diese Broschüre geschrieben auf eine Einladung hin, die von Herrn Geheimrat Dr. von Liszt an mich ergangen ist. Es fiel mir nicht schwer, sie anzunehmen, da der Gedanke an ein Wirtschafts- und Zollbündnis von Österreich-Ungarn mit Deutschland bei uns schon vor 14 Jahren zur Diskussion gestellt worden ist. Ich hatte als Präsident der Gesellschaft österreichischer Volksräte im Januar 1900 in der Gesellschaft eine Diskussion über diese Frage veranlaßt, zu welcher, da der Vorstand der Gesellschaft keine bloß theoretische Erörterung wünschte, vor allem Industrielle und Vertreter von Handelskammern eingeladen worden waren. Das Ergebnis dieser Erörterungen war im wesentlichen das, daß die Mehrheit eine Zollunion in Übergangsstufen nicht nur für möglich, sondern auch für wünschenswert hielt. Nur der Bund österreichischer Industrieller erhob Einsprüche gegen diesen Gedanken. Aber es lagen doch auch schon von früher her Zeugnisse von anerkannten Autoritäten auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Behandlung der Handelspolitik vor, welche einen solchen Bund für möglich hielten. So der ungarische Handelspolitiker Matlekovits, der als Industrieller tätige und als wissenschaftlicher Volkswirt in hohem Ansehen stehende Dr. Peez, die Abgeordneten Hallwich und

328701

Digitized by Google

Menger, Professor Brentano und andere. Schon 1885 hatten auf eine Anfrage der Troppauer Handelskammer die Handelskammern von Bozen, Görz, Klagenfurt, Eger, Krakau, Lemberg, Czernowitz sich für ein Zollbündnis ausgesprochen. Bei den Diskussionen selbst traten Industrielle der feineren Glasindustrie, der Bugholz-Möbelindustrie, der Hutindustrie, der Flachsgarnindustrie, der Konfektionsindustrie dafür ein. Allerdings waren auch Gegner aufgetreten, doch waren sie in der Minorität. Der Vertreter der Interessen der Landwirtschaft, Ritter von Hohenblum, war dafür, glaubte aber damals noch, daß die deutschen Agrarier dagegen sein würden. So konnte ich damals als Vorsitzender das Ergebnis der Diskussion dahin zusammenfassen, daß ein wichtiger Teil der Vertreter der österreichischen Produktionsinteressen in der Landwirtschaft und in der Industrie einen Wirtschafts- und Zollbund mit dem Deutschen Reich für wünschenswert hält; daß aber freilich bei allem Glauben an die Kraft der Spezialisierung, an die Hebung der Konsumtion durch Verbilligung zahlreicher Bedarfsartikel, an den Vorteil gemeinsamer Wirtschaftsbedingungen, gleicher Gestaltungen auf dem Gebiete der Verwaltung, des Verkehrs und des Rechtes, doch nicht an einen sofortigen Wegfall aller Zölle zwischen unserer Monarchie und Deutschland von unserer Seite gedacht werden könne. Ich verwies schon damals auf das Programm unseres früheren Handelsministers Bruck, das ich in dieser Schrift dem Leser vorführe und auch heute noch als den richtigen Weg zur Erzielung der großen mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung ansehe. Mehr als früher sind heute durch die Isolierung, welcher unsere Feinde, insbesondere England, uns aussetzen,

Digitized by Google

die beiden Staaten aufeinander auch in wirtschaftlicher Beziehung angewiesen. Es ist ja kein Geheimnis, daß jetzt während des Krieges Ausfuhrverbote, die für gewisse Waren erlassen worden sind, gegenseitig aufgehoben wurden für spezielle Bedarfsbefriedigungen. Ein intensiverer Verkehr zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Wirtschaftsinteressenten wird auch manche Schwierigkeiten wegräumen, welche heute einer Arbeitsteilung in der Produktion entgegenstehen. Hat Deutschland den großen Vorzug einer ausgezeichneten Organisation der Massenproduktion in Industriewaren, so steht auf unserer Seite zweifellos die Fähigkeit, die feineren, individualisierten Waren mit künstlerischem Geschick zu schaffen. Endlich darf ich wohl auch auf jene Tendenzen verweisen, die unseren österreichischen Handelspolitikern in der Mitte des 19. Jahrhunderts stets vorgeschwebt haben, dem Einfluß deutscher Kultur auf die Entwicklung der Völker im Südosten Europas Wege zu eröffnen durch unsere Vermittlung. Jedenfalls aber würde ein so großes Wirtschaftsgebiet mit seinen mannigfaltigen Verschiedenheiten und der Größe seines Konsums in der Weltwirtschaft eine bedeutende Rolle spielen.

Digitized by Google

Vorwort zur zweiten Auflage.

Ich habe an dieser Schrift in der neuen Auflage keine Änderung vorgenommen, aber ich möchte doch zum Ausdruck bringen, daß das fortgesetzte Studium der Zolltarife und Warenbewegung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn mich in der Überzeugung bestärkt hat, daß eine Zolleinigung möglich ist. Wenn Prof. Diehl in einer Schrift über diese Frage die Vereinigung wegen unseren Steuerverhältnissen und industrieller Schwäche für unmöglich erklärt, so möge der Leser meine Besprechung derselben im „Weltwirtschaftlichen Archiv" 1915. 2. Bd. lesen. Diehl arbeitet mit Daten, die der Gegenwart nicht entsprechen. Die Verwaltungsfragen lassen sich viel leichter gestalten, als er sich denkt. Vor allem ist es unmöglich und unnötig ein Zollparlament zu schaffen. Die Einigung kann stattfinden unter Belassung großer Freiheit für die Vertragspolitik mit anderen Staaten. Darüber wird in einiger Zeit eine Denkschrift erscheinen.

Digitized by Google

I.

Die Geschichte der österreichischen Zoll- und Handelspolitik zeigt uns eine viel geringere Neigung zu freiem Verkehr, als dies in anderen Ländern der Fall war. Viel trug dazu bei, daß in dem Gebiete der habsburgischen Monarchie die „Länder und Königreiche", aus denen sie bestand, außerordentlich lang ihre Selbständigkeit behalten haben und durch Zwischenzollinien für manche Waren wirtschaftlich getrennt waren. Vor dem 15. Juli 1775 konnte man überhaupt nicht von einer staatlichen Zoll- und Handelspolitik sprechen. Erst an diesem Tage war von Maria Theresia eine Zollordnung für die deutsch-österreichischen Länder erlassen worden, also 43 Jahre bevor der berühmte einheitliche Zolltarif Preußens erlassen wurde. Ungarn und Tirol blieben erst außerhalb derselben. Erst Ende der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts erfolgte ihr Anschluß. Die Richtung der österreichischen Zoll- und Handelspolitik war trotz des Eintretens hervorragender Staatsmänner, wie des Staatskanzler Graf Kaunitz und Fürst Metternich, für einen freieren Verkehr immer von starken protektionistischen Interessen beherrscht. Ein- und Ausfuhrverbote, darin erschöpfte sich die Kunst der maßgebenden Handelspolitiker. Namentlich in der Periode des Kaisers Franz begnügte man

Digitized by Google

sich nicht damit, die heimische Industrie durch Abwehr der fremden zu schützen, sondern griff wieder mit früheren Normen hemmend ein. Der bekannte Konservative von Stahl, 1806—1810 Präsident der Kommerz-Hofkommission, verwarf dieses System grundsätzlich und gab darüber das vernichtende Urteil ab, daß dort, wo es bestehe, es den Kapitalien des Landes eine schädliche zwangsweise Verwendung gäbe und wenn sich auch vielleicht die Fabriken schneller entwickelten, so seien sie doch nicht zu jener Wirtschaftlichkeit in der Leitung erzogen, daß sie mit dem sparsamer arbeitenden Ausland die Konkurrenz aufnehmen könnten. Leider waren sowohl Kaiser Franz, wie sein Nachfolger Kaiser Ferdinand von der Richtigkeit des Prohibitivsystems vollkommen überzeugt. Selbst Metternich, der nach dem freien Zolltarif von Preußen 1818 und angesichts der Bewegung für den Zollverein seit 1819 bei der Übernahme der Staatskanzlerschaft 1821 für einen freieren Verkehr wenigstens mit den deutschen Ländern eintrat, konnte diese Tradition nicht beseitigen. Er hat bis zu seinem Rücktritt 1848 für freieren Handelsverkehr und — natürlich auch mit aus politischen Gründen — für den Eintritt Österreichs in den deutschen Zollverein gekämpft. Als Preußen durch sein das ganze Königreich als Einheit umfassendes Zollsystem vom 1. Januar 1819 sich gegen die anderen deutschen Staaten abschloß, trat namentlich in den süddeutschen Staaten unter dem Einflusse von Friedrich List eine starke Bewegung für einen Zusammenschluß ein. Es dauerte lange, bis die Schwierigkeiten überwunden waren, aber nach der Bildung einzelner Handels- und Zollgruppen gelang es Preußen den preußisch-hessischen und süddeutschen Verein zu einem durch

Digitized by Google

Vertrag verbundenen Verein zusammenzuschließen. Übergangszölle blieben bis 1841.

Um diese Zeit versuchte Metternich den Kaiser und die Hofkammer für die Aufhebung des Prohibitivsystems und für eine Annäherung an die deutschen Zollvereine zu interessieren. Der Gesandte am Berliner Hof, Graf Trauttmannsdorff, berichtete im April 1829 an Metternich: „Preußen würde sehr gerne die Hand bieten, auch gegen Österreich Erleichterungen eintreten zu lassen, und eine Milderung der bisherigen Strenge würde beiderseits wesentliche Vorteile gewähren." Zur gleichen Zeit machte der sächsische Gesandte Metternich darauf aufmerksam, „welche Wichtigkeit die Einverleibung der Mitteldeutschen Staaten und das Wohl von Deutschland an und für sich habe und die Kaiserliche Regierung dürfe auch in den politischen Konjunkturen und sonst hinreichende Gründe finden, die Existenz und weitere Ausbildung des Handelsvereins durch besondere Maßregeln zu sichern und zu diesem Behufe die Strenge ihres Zollsystems den Vereinsstaaten gegenüber einigermaßen zu mildern." Metternich wendete sich darauf an die Hofkammer. Diese aber hielt an der starren Meinung fest, „daß Handelsverträge mit gegenseitigen Zollbegünstigungen für Ein- und Ausfuhr nicht im Interesse Österreichs zu liegen scheinen, da derartige Verträge unter allen Umständen den Nachteil mit sich führen, die freie Bewegung zu hemmen, auch ein Hindernis bilden, die Zollgesetze und Tarife nach Maß veränderter Verhältnisse der inländischen Industrie und der Handelskonjunktur im eigenen Interesse abändern zu können." Metternich versuchte im März 1830 den Kaiser für sich zu gewinnen, dieser fragte die Hofkammer, die aber

Digitized by Google

bureaukratisch verzopft, wie schon gezeigt, entschieden ablehnte und sich auf die Gutachten der Statthalter von Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Ober- und Niederösterreich berufen konnte, daß fast alle Gewerbeklassen sich gegen den Beitritt zum Zollverein und für die Aufrechterhaltung des Prohibitivsystems aussprächen. Nur Tirol nicht. Der Erfolg dieser Lahmheit der Verwaltung und der mangelnden Energie der Industriellen und Händler war, daß sich der Zollverein ohne Mitwirkung Österreichs immer vollkommener entwickelte.

Inzwischen war jene oben erwähnte Annäherung der Zollbündnisse der deutschen Staatengruppen vorgeschritten und am 1. Januar 1854 trat der Zollverein in Kraft, der nun alle deutschen Staaten — außer den Hansestädten — ohne Österreich vereinigt zu einem nach außen geschlossenen, im Innern in freiem Verkehr geeinigtem Gebiete.

Metternich hatte diese Vorgänge mit Aufmerksamkeit verfolgt und legte 1840 in einer Denkschrift die Fortschritte des Zollvereins dar und die Notwendigkeit zur Annahme von Reformen. Metternich war ja viel in Deutschland gereist zum Besuch der deutschen Höfe und er kannte auch das einzige entwickeltere Industrieland Österreichs, Böhmen, gut und hatte beim Vergleich von Industrie und Handel die Überzeugung bekommen, daß Österreich auf dem Punkte stehe, infolge der von dem Zollverein getroffenen Maßregeln auf dem wirtschaftlichen Gebiete von dem übrigen Deutschland gleichsam abgeschlossen zu sein. Man mußte nach Mitteln suchen, wie diesem Übelstande abzuhelfen sei. Eine Denkschrift von ihm vom 20. Oktober 1841 zeigt, daß er sich über die Tragweite des Zollvereins eine klare Ansicht

Digitized by Google

gebildet hatte. Er wies darauf hin, daß Österreich in die für die Monarchie ungünstige Lage gekommen sei, sich gefallen lassen zu müssen, auf dem Gebiet der materiellen Interessen von dem übrigen Deutschland infolge der von dem Zollverein ergriffenen Maßregeln gleichsam ausgeschlossen und als Ausland behandelt zu werden. „Die kommerzielle Vereinigung der deutschen Territorien mit Ausnahme der österreichisch-deutschen Länder wird bald vollendet sein und dann wird der vereinigte deutsche Handelsmarkt dem angrenzenden Staat jene Verhältnisse abzuzwingen suchen, die seinem Interesse frommen dürften." Kübeck, der Handelsminister, unterstützte ihn. Hervorragende Industrielle und ein Beamter der österreichischen Nationalbank stellten Untersuchungen an, die ergaben, daß die österreichische Industrie und der Handel von dem erweiterten Wirtschaftsgebiet Vorteil haben müßten. „Alle dem Zollverein beigetretenen Staaten haben im Verlauf einiger Jahre die feste Überzeugung erlangt, wie den Untertanen ein größerer erleichterter Absatz ihrer Natur- und Kunstprodukte in einem ausgedehnteren Maßstabe veranlaßt worden sei, wie der Wohlstand bei steigender Industrie sich erhöhe und durch den Verein eine nähere Verbindung und Verschmelzung der materiellen Interessen herbeigeführt worden sei," schreibt einer der Berichterstatter. Es wird um diese Zeit aus den süddeutschen Staaten und selbst aus Preußen gemeldet, daß man eine Verbindung mit Österreich wünsche. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen war besonders für eine handelspolitische Vereinigung mit Österreich eingenommen gewesen.

Es brauchte noch Jahre, bis es Metternich gelang, einen Vertrag mit Preußen zustande zu bringen. Er wurde am

Digitized by Google

19. November 1847 genehmigt. In drei Protokollen wurde vereinbart: 1. Erleichterungen des an der Grenze zwischen Böhmen, Mähren, Schlesien und den preußischen Staaten wichtigen Verkehrs mit Leinengarn und Leinwand; 2. Regelung des kleinen Grenzverkehrs überhaupt, insbesondere mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen; 3. Zusicherung etwaiger Ausdehnung der Bestimmungen über den Grenzverkehr auf einige weitere Gegenstände. Es war nicht viel, was da erreicht worden ist, aber Metternich war zufrieden, weil die bei den Verhandlungen auftretenden politischen Gegensätze nunmehr erledigt waren.

Am 21. November 1848 erfolgte die Ernennung Brucks zum Handelsminister. Ihm lag die Regelung des Außenhandels nach seiner ganzen Vergangenheit — er hatte sich durch einen 30jährigen Aufenthalt in Triest eine große Kenntnis des Handels erworben — am Herzen. Er berief im Frühjahr 1849 eine Kommission zur Abänderung des Zolltarifes. Alle Persönlichkeiten, die sich in den Jahren vorher mit Zoll- und Handelssachen in ernster Weise beschäftigt hatten, wurden eingeladen. Das Referat lag in den Händen Dr. Hocks, der durch seinen Dienst in Triest und in der Zollverwaltung wohl der beste Kenner des Warenverkehres mit dem Auslande war. Er hat auch bis zum Ende der sechziger Jahre großen Einfluß auf die österreichische Zoll- und Handelspolitik geübt. Die wichtigsten Vorschläge waren die folgenden: Festhaltung eines Hochschutzzollsystems, Beseitigung der Einfuhrverbote, Feststellung des Schutzzolles von Fall zu Fall, um einen vollkommenen Schutz der inländischen Arbeit und dem Unternehmer zu gewähren. Ersetzung der Ausfuhrverbote durch Zölle, keine

Digitized by Google

Differenzialzölle und Ausfuhrprämien, Rückzölle nur im äußersten Fall, Klassifizierung der Zollsätze auf Grund des Warenwertes, jedoch mit Berechnung für das Nettogewicht, daher mit Angabe der gesetzlichen Tara im Gesetz. Hinsichtlich der Annäherung an Deutschland heißt es: Hierfür raten nicht bloß die Rücksichten auf Erleichterung des kaufmännischen Verkehres, sondern in noch höherem Maße die auffälligen Vorteile, welche Österreich in politischer und kommerzieller Beziehung aus der möglichen Annäherung zur völligen Gleichmäßigkeit der Gesetzgebung mit Deutschland hervorgehen. Der Tarif wurde mit vielen Schwierigkeiten gegen die noch immer nicht zu freierem Handelsverkehr gewonnenen Teile der Industrie durchgesetzt und im Herbst 1849 veröffentlicht. Der Tarif sollte so wie im Deutschen Zollverein von drei zu drei Jahren gleichzeitig mit der Änderung des deutschen Zolltarifes revidiert werden. Die Ausarbeitung des Tarifes erfolgte im Jahre 1850 und im Januar 1851 wurde ein Kongreß von Vertretern aller wirtschaftlichen Berufsgruppen, aber auch von Männern der Wissenschaft, einberufen. Charakteristisch für die Absicht der Regierung ist der Auftrag an die Statthalter, dafür zu sorgen, daß nicht Anhänger des Prohibitivsystems in den Kongreß entsendet werden. Der Kongreß dauerte bis 20. Februar, hierauf folgte eine nochmalige Durcharbeitung des Tarifes, der am 6. November 1851 mit Geltung vom 1. Februar 1852 veröffentlicht wurde. Er galt nun für die ganze Monarchie, da am 1. Oktober 1850 die Zollgrenze gegen Ungarn gefallen war. Dies ist der erste Einheits-Zolltarif der Monarchie, 32 Jahre nach Preußen, 16 Jahre nach dem deutschen Zollverein! Um eine Gene-

Digitized by Google

Qualifizierung zeigt, in engen Grenzen. Kübeck, der die Verhandlungen mit Preußen führte, erhielt die bestimmte Weisung vom Fürsten Schwarzenberg, jeden Versuch Preußens, die Erörterung der Hauptfrage zu vereiteln, zurückzuweisen. Doch war Preußen nicht zu bewegen, von seinem Standpunkt abzugehen, ohne die Zolleinigung für die Zukunft abzulehnen. Vielleicht hätte man Preußen umstimmen können, wenn man sich in politischer Hinsicht entgegenkommend gezeigt hätte. Allein man hatte in Österreich den Eindruck, daß seine Vorschläge bei den anderen deutschen Staaten Zustimmung finden. So wurde am 30. Mai 1850 eine Denkschrift unter Mitwirkung von Bruck verfaßt, welche in der Tat alle Vorzüge der Zolleinigung mit einer auch noch heute richtigen Begründung vorführte. Es muß allerdings dabei im Auge behalten werden, daß der überseeische Verkehr für die deutschen Staaten noch nicht jene Rolle spielte wie heute. So konnte die Denkschrift auf den Vorteil der Erweiterung des Absatzgebietes für beide Teile und auf die Bedeutung der großen territorialen Einheit mit ihren Verbindungsmöglichkeiten nach allen Weltgegenden verweisen. „Erst der ganz Deutschland und Österreich umspannende Verein werde nicht bloß die Elbe, Weser, Ems, Oder ungeteilt und ganz sein nennen, er werde auch die Adria wie die Nord- und Ostsee umschlingen und das moralische Gewicht eines Millionen Menschen umfassenden Bündnisses, das politische Gewicht eines Handelsgebietes, wie die Geschichte kein gleiches kenne, werde bald das übrige erringen, was ihm zur Erfüllung seiner welthistorischen Aufgabe noch fehlt.“ Nach diesen allgemeinen Grundsätzen geht die Denkschrift in die Einzelheiten der zu erhoffenden Or-

Digitized by Google

ganisation ein, mit solcher Einsicht in die inneren Notwendigkeiten, daß die Vorschläge in der späteren Entwicklung des Zollvereins — wenn auch ohne Österreich — Verwirklichung gefunden haben. Sie bezogen sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Fragen, auf die Zollunion, sondern wollten, daß die ganze Monarchie in den Deutschen Bund eintrete und dieser von Österreich und Preußen als Zentralgewalten mit Anschluß der übrigen Staaten unter Gleichstellung beider Mächte und Teilung des Vorsitzes geleitet werde; ein Gedanke, den auch Bismarck eine Zeitlang teilte, wie aus seinen Erinnerungen hervorgeht. Preußen möge an der Spitze des engeren Bundes bleiben, ohne den Anspruch, daraus den Grundstock des Reiches zu bilden. Preußen lehnte ab. Es wollte um jeden Preis seine eigene Macht über den Zollverein ausgestalten. Immerhin wurden in einer Konferenz in Kassel Preußen, Sachsen, Bayern als Grenzländer Österreichs ermächtigt, mit diesem über eine Zolleinigung zu verhandeln. Dies geschah auf einer Konferenz der Vertreter der Staaten in Dresden im Dezember 1850. Aber es zeigte sich hier, daß Österreich nicht stark genug war, um Preußen zu zwingen, seinen Plänen zu folgen. Auch die Höfe der anderen Staaten fürchteten für ihre Souveränität und die Kleinstaaten begaben sich lieber in den Schutz Preußens, als in den Österreichs. Auch seitens Englands und Rußlands war dieser Gedanke der Errichtung einer großen Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung, welche ja naturgemäß auch eine politische und militärische werden mußte, zum Anlaß für Protestbewegungen wegen Verletzung der Bundesstatuten genommen worden.

Digitized by Google

II.

Die Stimmung wurde in Preußen nicht besser, als Preußen 1850 in dem Konflikt mit Hessen durch Österreich, dem Rußland zur Seite stand, genötigt war, in Olmütz bei einer Konferenz Österreich in seiner Forderung nach Anerkennung der Vorherrschaft im Deutschen Bund und des Bundestages anzuerkennen. Schwarzenberg hatte die Gelegenheit versäumt, zugleich die für Österreich wichtigste Maßregel: Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund und dafür Teilung des Vorsitzes durchzusetzen, obwohl der Vertreter Preußens diese Frage selbst aufwarf. Dieser Fehler war später bei der durch die Demütigung Preußens daselbst erzeugten Mißstimmung nicht mehr gut zu machen. Die norddeutsche Zollunion war nach Olmütz aufgelöst worden, aber im September 1851 schloß Preußen schon wieder einen Vertrag mit Hannover wegen Vereinigung mit dem Zollverein. Sachsen wurde dadurch schwankend. Es wagte nicht aus dem Zollverein auszutreten und sich an die Seite Österreichs zu stellen, obwohl es die Schritte Preußens nicht billigte. Seine industriellen Interessen sprachen dagegen. Im November 1851 ließ man von Wien aus eine Einladung an alle deutschen Regierungen ergehen, zur Verhandlung über einen Zoll- und Handelsvertrag am 2. Januar 1852 in Wien Vertreter zu entsenden. Mitte Dezember wurde den Regierungen eine Denkschrift übersendet über einen Handels-, Schiffahrts- und Zollvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein, sowie ein aus 13 Artikeln bestehender Entwurf eines Zolleinigungsvertrages. Im Interesse Österreichs sei es gelegen, daß der Zollverein nicht

Digitized by Google

gelöst, sondern auf möglichst lange Zeit fortgesetzt und in seinem Umfange möglichst vergrößert werde, unter der Voraussetzung, daß nicht durch Annahme eines Freihandelssystems eine grundsätzliche Spaltung zwischen dem Zollverein und Österreich hervorgerufen und die politische Selbständigkeit der einzelnen Mitglieder nicht gefährdet werde. Österreich legte daher auch durch seinen Gesandten beim Bundestag Gesetzentwürfe vor über Erfinderschutz, über Schutz von Mustern und Formen, Marken und Fabrikzeichen, über Versicherungsgesellschaften, Handelsagenten, endlich über Errichtung eines Handelsamtes beim Bundestag. Österreich erklärte zugleich, daß es den Antrag am Bundestage stellen werde, eine besondere juristische Kommission zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Handels- und Seerechtes einzusetzen. Fürst Schwarzenberg eröffnete am 4. Januar 1852 die Wiener Konferenz mit einer Rede, in welcher er auf den Septemberantrag Preußens mit Hannover verwies, der zeige, daß die scheinbar größten Hindernisse sich beheben lassen. Preußen hatte schon am 5. Dezember 1851 jede Teilnahme an der Konferenz abgelehnt, weil es zuerst seine eigenen Verhandlungen mit den Zollvereinsvertretern durchführen müsse. Fürst Schwarzenberg betonte in einer vertraulichen Depesche an den Vertreter Österreichs in Berlin, daß Österreich ein ihm nachteiliges System freiwilliger Abschließung beibehalte, um auf dem Gebiet materieller Interessen Deutschlands jede Konkurrenz mit Preußen zu vermeiden. Die Konferenz war nicht von allen deutschen Staaten, aber allerdings von Bayern, Württemberg, Baden, den beiden Hessen, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Nassau, Oldenburg und den vier freien

Digitized by Google

Städten beschickt worden. Es wurden zwei Verträge zur Erörterung gestellt: A. Ein Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Österreich; B. ein bereits die spätere Zollvereinigung aussprechender Vertrag. Gleichzeitig wurden in Wien geheime Verhandlungen geführt mit den Vertretern von Bayern, Sachsen, Württemberg, den beiden Hessen, Baden und Nassau über eine eventuelle Zolleinigung ohne Preußen. Hannover nahm zwar an den Verhandlungen nicht teil, doch liefen auch mit ihm Korrespondenzen über diese Frage. Das Ergebnis war, daß die verhandelnden Minister die beiden Vertragsentwürfe zur Kenntnis nahmen, sich grundsätzlich für ihre Annahme im Zollverein aussprachen, die spezielle Gestaltung der Sätze des Zolltarifes wurde aber vorbehalten. Sie übernahmen zugleich die Verpflichtung, nicht früher die Verhandlungen wegen Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zum Abschluß zu bringen, bevor jene mit Österreich stattgefunden hätten. Den Übergang zum vollständig freien Verkehr zwischen dem Zollverein und Österreich hatte Bruck so zu ordnen gedacht, daß er in vier Zeitstufen ausgeführt werden sollte. Die erste sollte die Aufhebung der Einfuhrverbote und die Aufhebung der Zwischenzollinie gegen Ungarn bringen und die Zölle auf Rohstoffe aufheben. Das war bereits 1850 und durch den Tarif von 1851 verwirklicht worden. In der zweiten Periode mußten alle anderen Zölle im Binnenverkehr der verbündeten Gruppen auf drei Viertel ihres früheren Satzes ermäßigt werden, während gegen das übrige Ausland die alten Sätze bestehen blieben; nach dieser Zeit sollte die Zollhöhe die Hälfte und im letzten ein Viertel der ursprünglichen Zölle betragen. Die Konsulate und die übrige Ver-

Digitized by Google

tretung des Handelsbundes im Ausland sollten dann vereinigt werden. Zuletzt sollte dann ein Vertrag die Einheit beschließen.

Es ist kein Zweifel, daß diese Vorschläge Brucks großzügig waren und in richtiger Erkenntnis dessen, was zur Erhöhung der wirtschaftlichen Kraft der deutschen Volkswirtschaft (Österreich eingeschlossen) durch eine solche Einigung hätte erreicht werden können, so gestaltet wurden. Damals würde diese mitteleuropäische Einheit auch Italien und den Balkan an sich gezogen haben. Schon hatte Österreich die Bahn von Wien nach Triest in Bau genommen und seit 1838 als erster deutscher Staat eine regelmäßige Schiffsverbindung von Triest mit dem Orient, den Lloyd, eingerichtet, der 1851 auch den Postdienst übernahm. Wenn wir heute an eine mitteleuropäische Zoll- und Handelsvereinigung denken, dann müssen wir auf Brucks Pläne zurückkommen. Die deutschen Historiker Treitschke, Sybel und ihre Schule würdigen, wie der österreichische Historiker Friedjung mit Recht bemerkt, das Verdienst Brucks nicht. Man hat in Preußen immer nur den politischen Machtstandpunkt dieses Staates im Auge gehabt und doch hätten sich beide Gedanken vereinigen lassen. Die Geschichte hat anders entschieden, aber die Ideen Brucks nicht begraben. Sie werden durch die im Krieg der Gegenwart gestärkte Freundschaft der beiden von deutscher Kultur beherrschten Reiche ihre Verwirklichung nach zwei Menschenaltern finden, wie wir hoffen.

Vor 60 Jahren war die Lage allerdings anders. Die preußische Regierung soll sich mit dem Gedanken getragen haben, eher eine Auflösung des Zollvereins als eine Zolleinigung mit Österreich zuzulassen. Um diese Zeit greift der

Digitized by Google

preußische Bundestagsgesandte von Bismarck zum ersten Mal in die Geschicke Österreichs ein. Er wurde nach Wien gesandt, um dort mitzuteilen, daß sobald der Zollverein neu errichtet und sein Gebiet abgegrenzt sein wird, es die erste Sorge Preußens sein werde, mit Österreich in Verhandlungen zu treten. Mehr als einem Handelsvertrag könne Preußen zunächst nicht zustimmen. Die Frage der Zollunion soll weder bejaht, noch verneint werden. Der österreichische Minister Graf Buol erkannte die dahinter liegende Politik Preußens und drückte sich mit voller Klarheit in der Antwort dahin aus, daß Österreich nicht bloß Forderungen stelle, sondern große Vorteile biete und zu großen wirtschaftlichen Opfern bereit sei. Preußens Politik führe zum Ausschluß Österreichs aus Deutschland. Auch Kaiser Franz Josef sprach sich, allerdings in milderer Form, Bismarck gegenüber dahin aus, daß die Zolleinigung als eine Verschmelzung der materiellen Interessen beider Gebiete eine Bürgschaft für ihre europäische Machtstellung geben werde. Die von Preußen begonnenen Verhandlungen blieben erfolglos und Preußen brauchte seinen Standpunkt um so weniger zu ändern, als die andern deutschen Staaten Österreichs Standpunkt nicht mit großer Energie unterstützten. Sachsen und die süddeutschen Staaten suchten zu vermitteln. Im Herbst 1852 beriet eine von Österreich einberufene Zollkonferenz der nicht zu dem Preußen-Hannoververband gehörigen Staaten den österreichischen Vorschlag, ohne zu einer Einigung zu gelangen. Preußen benutzte diese Lage, um Österreich zu versichern von seiner Bereitwilligkeit auf eine offizielle und schriftliche Einladung hin, Verhandlungen über die handelspolitische Frage für sich und seine Zollverbündeten mit Öster-

Digitized by Google

reich zu pflegen. Bruck wurde daraufhin im Dezember 1852 nach Berlin gesandt. Die Verhandlungen waren schwierig. Preußen hatte keine Neigung, auf die österreichischen Tarifvorschläge einzugehen und eine Verpflichtung in bezug auf den künftigen Eintritt Österreichs in den Zollverein auszusprechen. Man einigte sich endlich zu einem Vertrag, der am 19. Februar 1853 abgeschlossen wurde und als Februarvertrag in der Zukunft bezeichnet wurde. Bruck trat dafür ein, daß Österreich sich mit einem bloßen Handelsvertrag begnüge, der eine Klausel über spätere Verhandlungen über den Eintritt Österreichs in den Zollverein enthielt, da Hannover sich mit Preußen verbunden hatte und Bruck aus einer Zollunion mit Süddeutschland geringe Vorteile für Österreich erwartete. Im ganzen hatte Preußen von 77 Abteilungen des österreichischen Tarifes, auf welche sich die Verhandlungen erstreckten, 50 nach den österreichischen Anträgen oder mit unwesentlichen kleinen Änderungen angenommen, bei fünf anderen waren die Abänderungen nicht bedeutend. Schwierig war die Verhandlung bei Web- und Wirkwaren, Roheisen, Leinengarn, ferner bei Baumwollwaren, Glas und Glaswaren, Holzwaren, Tonwaren, Eisenwaren, Metallarbeiten. Hier mußten die größten Abweichungen vom vorgeschlagenen Tarife vorgenommen werden. Immerhin war eine lange Reihe von Zollbefreiungen erreicht und andere einheitliche Wirtschaftsordnungen geschaffen worden. Die Vertragsstaaten verpflichteten sich, den Verkehr zwischen den beiden Gebieten durch keinerlei Verbote zu hemmen mit Ausnahme von Tabak, Salz, Schießpulver, Spielkarten und Kalender, dann die Verbote aus Gesundheitsrücksichten und von Kriegsbedürfnissen in

Digitized by Google

außerordentlichen Fällen. Ferner enthielt der Vertrag Bestimmungen über Ausgangsabgaben, über den Veredlungsverkehr, über Zusammenlegungen der beiderseitigen Grenzzollämter, innere Konsumtionsabgaben, Schiffahrts-, Straßen- und Eisenbahnverkehr, Gewerbswesen und Münzwesen. Die Zollherabsetzung betrug zumeist 25%, bei einigen Gegenständen sogar 50% des allgemeinen Tarifs, der dritten Staaten gegenüber in Geltung kam, wenn nicht durch besondere Verträge ihnen Zugeständnisse gemacht worden waren. Die Vertragsdauer wurde für die Zeit vom 1. Januar 1854 bis 31. Dezember 1864 festgestellt. Im Jahre 1860 sollten Vertreter der vertragschließenden Staaten zusammentreten, um über die Zolleinigung, oder über weitgehende Verkehrserleichterungen und über möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zolltarife zu unterhandeln, wenn keine Zolleinigung zustande käme. Am 8. Dezember veröffentlicht trat der Zolltarif gleichzeitig mit dem preußisch-österreichischen Vertrage in Kraft. In den nächsten Jahren wurden seitens Österreichs eine Anzahl Zollherabsetzungen vorgenommen, teils im Interesse der Weberei und Eisenerzeugung, teils behufs Annäherung der Zollsätze an die des Zollvereins. Während Österreich bestrebt war, den Eintritt in den Zollverein vorzubereiten, zeigte sich bei Preußen ein Widerstreben, über die Abmachungen des Februarvertrages hinauszugehen. Im Frühjahr 1855 regt Österreich eine Zollkonferenz an, um weitere Ermäßigung der Zölle zwischen den Vertragsstaaten herbeizuführen. Der österreichische Gesandte in Berlin meldete aber, daß die Berliner Zollkonferenz jeden Vorschlag zu einer Annäherung an den österreichischen Zolltarif und insbesondere die Ermäßigung der Zölle auf

Digitized by Google

Wein abgelehnt habe. Die österreichische Regierung beschwerte sich bei dem preußischen Handelsminister von der Heydt über den ungenügenden Inhalt der Zollunionsbeschlüsse. Die Stimmung in der österreichischen Industrie war geteilt. Im Bereich der Handelskammern von Brünn, Reichenberg, Linz, Budweis, Leoben, Graz wurde der Wunsch nach Zollerleichterungen laut. Die Handelskammern von Wien und Prag machten aber Schwierigkeiten. Bruck hat als Finanzminister in einer Denkschrift diese Bedenken zurückgewiesen. Nur die Baumwoll- und Kammgarnspinnerei befinde sich im offenbaren Nachteil gegen die gleiche Industrie im Zollverein, dieser Nachteil gleiche sich aber aus durch die hervorragende Stellung Österreichs in der Fabrikation gewalkter Wollwaren, dann von Glas- und Tonwaren. Wenn der Kapitalist wie der Fabrikant des Zollvereins mit einem geringeren Kapitals- und Unternehmergewinn sich begnüge und darum die Erzeugnisse billiger gäbe, so habe der Fabrikant in Österreich den billigeren Arbeitslohn, die größere Erfindungsgabe, den vorteilhafteren inneren Markt für sich und es schade dem Verkehr nicht, wenn durch die Zunahme der Konkurrenz der inländische Fabrikant genötigt werde, mit einem kleineren Gewinne bei dem einzelnen Stück seiner Ware sich zu begnügen, und den Ersatz in der Wiederholung dieses kleinen Gewinnes durch die Größe des Absatzes zu suchen und sich mehr, als es bisher geschehen, um neue Absatzwege und Absatzmärkte zu bekümmern. Selbst eine gänzliche Zollfreiheit des Zwischenverkehrs wäre ohne Gefahr für die industriellen Interessen in Österreich, wenn nur der Außenzolltarif den genügenden Schutz böte.

Digitized by Google

Der Tübinger Nationalökonom Schäffle urteilte in einem Aufsatz in der Deutschen Vierteljahrsschrift 1858 in folgender Weise. Das Ergebnis seiner Untersuchung der Statistik des Handelsverkehrs zwischen Österreich und dem Zollverein sei: „Der Absatz Österreichs nach dem Zollverein in Industriewaren hat sich trotz der Zollermäßigungen nicht so stark gehoben, wie umgekehrt die Einfuhr aus dem Zollverein nach Österreich. Dies bestätigt, daß im allgemeinen die österreichische Industrie der fremden bedeutend untergeordnet und der zollvereinsländischen nicht gewachsen ist. Im Durchschnitt! Die Vollkommenheit einzelner österreichischer Industriezweige ist anzuerkennen. Die österreichische Denkschrift hat daher recht, wenn sie sagte: ‚Was den gegenseitigen Bedürfnissen im Jahre 1852 genügen konnte, bleibt jetzt weit hinter denselben zurück. Man darf sich nicht verhehlen, daß die rege Verbindung, welche der Februarvertrag zwischen Österreich und dem Zollverein begründen sollte, nicht in dem gehofften Maße eingetreten ist. Wohl ist ein starker Lokalverkehr entstanden und der Massenschmuggel hat nachgelassen, einige der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Österreichs, mehrere Industrieerzeugnisse des Zollvereins haben in ihrem Absatz gewonnen, das ist aber auch alles, was erreicht wurde.‘ Österreich verlangte vom Zollverein Einheit gewisser Zollämter und möglichste Gleichartigkeit der Tarife. Der Zollwert der von Österreich zugestandenen Ermäßigungen betrage wenigstens 120000 Taler, während das vom Zollverein Angebotene nur 100000 Taler wert sei. Nicht den Motiven der Zollpolitik, sondern anderen fremdartigen Erwägungen mußte der zähe Widerstand entnommen sein, welcher unter den gegebenen sachlichen

Digitized by Google

Voraussetzungen nichts zustande kommen lasse. Man müßte meinen, daß aus allgemeinen politischen Gründen ein entscheidender Schritt zu weiterer gegenseitiger Annäherung überhaupt nicht gemacht werden kann."

Schäffle hatte Recht. Es kam zu keiner Annäherung an den Zollverein. Mitgewirkt hat dabei aber auch die Indolenz und mangelnde wirtschaftliche Energie der durch das Prohibitivsystem vor der Notwendigkeit, technische und wirtschaftliche Fortschritte zu machen, behüteten österreichischen Industrie. Als man im Jahre 1859 zu Beratungen über einen neuen Zolltarif schritt, nahmen die Klagen der Industriellen über die ungünstigen Wirkungen des ermäßigten Tarifes von 1853 kein Ende. Die Personen aber, die in den Ministerien mit den Agenden der Zollangelegenheiten betraut waren, ließen sich nicht überreden. Österreich hatte damals in der Regierung ausgezeichnete Kräfte, welche nicht nur theoretisch geschult, sondern auch mit den Einzelheiten der Industrie vertraut waren. Sie ließen sich weder zu einseitigen freihändlerischen noch zu schutzzöllnerischen Schablonen leiten. So blieb es bei dem Zolltarif von 1853, der bis zum Jahre 1865 in Kraft bleiben und dann von fünf zu fünf Jahren nach Einholung der Gutachten der Handelskammern und Fachleute einer Überprüfung unterzogen werden sollte.

Im Jahre 1860 begannen die Verhandlungen mit den deutschen Staaten zur Ausführung des im Artikel 25 des Februarvertrages gegebenen Versprechens, daß im Jahre 1860 umfangreichere Verhandlungen über den gänzlichen Zollanschluß oder doch über weitergehende gegenseitige Verkehrserleichterungen und über die möglichste Annäherung

Digitized by Google

und Gleichstellung der beiderseitigen Tarife stattfinden sollten. Die folgenden vier Jahre sind ausgefüllt mit Verhandlungen Österreichs und Preußens mit den Staaten des Zollvereins. In der volkswirtschaftlichen Literatur dieser Zeit findet man eine große Menge von Aufsätzen und selbstständigen Schriften, welche die Frage der Erneuerung des Zollvereins im Jahre 1865 und die Aufnahme Österreichs im ganzen Umfang des Kaiserreiches erörterten. Die Tendenzen sind klar erkennbar. Von Seite Preußens wird trotz diplomatisch ausgesprochenen Geneigtheiten alles getan, um Österreich den Eintritt unmöglich zu machen. Die Österreich näher gestandenen Staaten, Sachsen, Bayern suchen zu vermitteln und Versuche der Freunde Österreichs bei einem dauernden Widerstand Preußens eine Trennung des Zollvereins herbeizuführen durch Vereinigung von Sachsen und der süddeutschen Staaten mit Österreich erschienen eine Zeitlang nicht erfolglos. Aber eine große Änderung trat ein, als Österreich von Preußen anfangs 1860 die im Februarvertrag für 1860 vorgesehenen Konferenzen verlangte und Preußen den Zweck des Februarvertrages von 1853 für ein unerreichbares Ziel erklärte und die Beschickung der verabredeten Konferenzen zur Fortbildung der Zollannäherung und Zolleinigung ablehnte. Dazu traten Änderungen in den Anschauungen der Politiker der deutschen Staaten über die Richtung der Handelspolitik. Frankreich, das bis dahin hochschutzzöllnerisch war, schloß am 23. Januar 1860 den berühmten Vertrag mit England, der die letzten Zölle in England beseitigte und Ermäßigungen der Zölle in Frankreich zur Folge hatte. In diesem Vertrag wurde zugleich die Klausel der allgemeinen Meistbegünstigung auf-

Digitized by Google

genommen. Kurz darauf erklärte die französische Regierung ihre Geneigtheit, mit dem Zollverein einen ähnlichen Vertrag abzuschließen und in Berlin, wo die ersten Mitteilungen gemacht wurden, zeigte man sich zu Verhandlungen bereit und verständigte die Vereinsregierungen. Darauf hin verlangte die österreichische Regierung von neuem Beratungen über den Artikel 25 des Februarvertrages. Die preußische Regierung gab ihre Einwilligung, drückte aber gleichzeitig aus, daß ein günstigeres Ergebnis von den Verhandlungen nicht zu erwarten sei. Unter diesen Umständen beschloß man in Wien, darauf zu verzichten und den Versuch zu machen mit Bayern und Sachsen unter Hinweis auf die Gefahren, die das Verhandeln von Preußen mit Frankreich über einen freihändlerischen Handelsvertrag für die deutschen Staaten bringen könnte, zu verhandeln. Beust, Minister in Sachsen, riet zur Erleichterung der Verhandlungen, daß Österreich seine Wünsche in eine Denkschrift zusammenfasse. Im September 1861 wurde die Denkschrift verfaßt. Sie gab der Besorgnis Ausdruck, daß ein Vertrag des Zollvereins mit Frankreich dem Fortbestand und der weiteren Ausbildung der bisherigen Beziehungen Österreichs zum Zollverein Schwierigkeiten schaffen könnte. Die Denkschrift fand bei einigen deutschen Regierungen eine günstige Aufnahme und Preußen unterbrach seine Verhandlungen mit Frankreich. Aber Preußen schloß doch den Vertrag mit Frankreich am 29. März 1862 und ratifizierte am 2. August diesen Vertrag, durch dessen Artikel 31 (Meistbegünstigungsklausel) jede zoll- und handelspolitische Sonderbeziehung und Sonderannäherung an Österreich für den Zollverein ausgeschlossen wurde, ohne die übrigen Regierungen zu fragen. Die Hand

Digitized by Google

Bismarcks wird sichtbar, der in diesem Jahre zur Leitung der Regierung in Preußen berufen worden war. Graf Rechberg, der namens Österreichs in Berlin zu verhandeln hatte, sagte zu Bismarck, wie dieser in seinen Erinnerungen schreibt: „Meine Stellung ist erschüttert, wenn ich nicht wegen der Zollvereinsbestrebungen Österreichs, die den Kaiser vorzugsweise beschäftigen, wenigstens die Zusicherung beibringen kann, daß wir auf Verhandlungen in bestimmter Frist eingehen sollten." Bismarck setzt fort: „Die Zolleinigung hielt ich für eine unausführbare Utopie wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und administrativen Zustände beider Teile. Die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheit der Lebensgewohnheiten und der Konsumtion zwischen Nord- und Süddeutschland schon innerhalb des Zollvereines bedeuten, müßten unüberwindlich werden, wenn beide Regionen mit den östlichen Ländern Österreich-Ungarns von derselben Zollgrenze umschlossen werden sollen. Ein gerechter, der bestehenden Konsumtion zollpflichtiger Waren entsprechender Maßstab der Verteilung würde sich nicht vereinbaren lassen; jeder Maßstab würde entweder ungerecht für den Zollverein oder unannehmbar für die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn sein." Die Antwort Preußens wurde in einem Erlaß an den Gesandten in Wien am 6. August 1862 dahin abgegeben, daß die preußische Regierung weit entfernt davon sei, die im Artikel 25 des Februarvertrages eingegangene Verpflichtung als erloschen zu betrachten. Es werde sich ein Mittel finden durch Prüfung der österreichischen Vorschläge, den Fortbestand des Zollvereins und seine engere Verbindung mit Österreich sicherzustellen. Im März 1863 trat die General-

Digitized by Google

konferenz des Zollvereins zusammen und das Verhältnis zu Österreich kam am 5. Juni zur Sprache. Preußen erklärte sich dagegen, die Frage der Beziehungen zu Österreich mit der der Fortsetzung des Zollvereins zu verbinden. Es sollte nach Schluß der Generalkonferenz eine neue Zusammentretung stattfinden. Bayern machte einen Vermittlungsvorschlag, nach dem die definitive Zollvereinigung erst nach den Verhandlungen mit Österreich eintreten sollte. Im Oktober desselben Jahres wurde dieser Gedanke auf einer Konferenz in Frankfurt neuerdings erörtert und Österreich nahm Änderungen an seinem Zolltarif vor, um den Ansprüchen des Zollvereins zu genügen. Bis Ende 1863 hoffte man in Wien auf eine günstige Erledigung. Aber es war eine Täuschung. Auch die mit Österreich befreundeten Staaten verhandelten zu dieser Zeit in Berlin über den preußischen durch den französisch-preußischen Handelsvertrag bedingten neuen Zolltarif. Hock, der österreichische Finanzminister, sprach sich im Februar 1864 dahin aus, es könnten zwar Ermäßigungen gewährt werden, allein solche Außenzölle, wie sie im preußisch-französischen Handelsvertrag stehen, anzunehmen, würde den Untergang der österreichischen Industrie bedeuten. Wechselnde Versuche füllen in Österreich die nächste Zeit aus, doch noch zu einer befriedigenden Verbindung mit dem Zollverein zu kommen. Es gelang aber nicht und Österreich mußte sich begnügen einen einfachen Handelsvertrag mit dem Zollverein zu schließen, der am 11. April 1865 unterschrieben wurde. Um die Form zu wahren wurde auch in diesen Vertrag der zweite Absatz des Artikels 25 des Februarvertrages aufgenommen, der aber nichts anderes bedeutete, als daß die Einladung, die Frage

Digitized by Google

der Zolleinigung zu diskutieren, von dem andern Teile nicht abgelehnt werde.

Wie weitsichtige Freunde Österreichs in Deutschland dieses Ergebnis — vollständiger Ausschluß Österreichs aus dem Wirtschaftsleben Deutschlands — beurteilen, zeigt folgende Äußerung Schäffles in seinen Lebenserinnerungen:

„Die Einigung war ein deutsches Interesse allerersten Ranges. Mit größter Befriedigung denke ich daher an meine nun geschilderte Teilnahme an den Bestrebungen der Jahre 1859—1863 zurück. Ich lebe mehr denn je der Hoffnung, daß dieselbe Ansicht allmählich, wenn auch sehr langsam, zu voller Anerkennung gelangen wird." So schrieb Schäffle im Jahre 1905. Sollte er ein prophetisches Wort gesprochen haben?

Die wirtschaftlichen Bedenken, die Bismarck dem Grafen Rechberg gegenüber geltend gemacht hatte, waren sicherlich nicht von ihm so ernst gemeint. Er brauchte nur an den Gegensatz von den Rheinlanden und Ostpreußen zu denken, um an die Verschiedenheit der wirtschaftlichen und Konsumtionsbedingungen auch in Deutschland erinnert zu werden. Die erfolgreichen Hinderungen, die Preußen auch unter Bismarck Österreichs Streben nach dem Eintritt in den Zollverein entgegensetzte, entsprangen in erster Linie politischen Gründen. Bismarck hatte gerade in diesen Jahren 1859—1864 mit dem Grafen Rechberg, Ministerpräsident, später Minister des Äußeren in Österreich, wie aus seinen Erinnerungen hervorgeht, über die Idee gesprochen, eine Gesamtdeutsche Union auf der Basis des Dualismus herbeizuführen. Schwarzenberg dachte auch

Digitized by Google

daran, wolle aber nur Österreich an der Spitze haben, wie der letzte Fürstenkongreß von 1863 beweise. Das ginge nicht. Daß aber Österreich und Preußen, sobald sie einig, eine Macht in Europa darstellen, welche leichtfertig anzugreifen keine der anderen Mächte geneigt wäre, hat der Verlauf der ganzen deutschen Verwicklung gezeigt. Solange Preußen allein, wenn auch in Verbindung mit dem stärksten Ausdruck der öffentlichen Meinung des deutschen Volks einschließlich der Mittelstaaten die Sache in der Hand hat, käme es nicht vorwärts. England hat im Laufe der neueren Geschichte jederzeit das Bedürfnis der Verbindung mit einer der kontinentalen Militärmächte gehabt und die Befriedigung desselben, je nach dem Standpunkt der englischen Interessen, bald in Wien, bald in Berlin gesucht, ohne bei plötzlichem Übergange von einer Anlehnung an die andere, wie im Siebenjährigen Kriege, skrupulöse Bedenken gegen den Vorwurf des Imstichlassens alter Freunde zu haben. Sobald aber die beiden Höfe einig und verbündet waren, so fand die englische Politik nicht ihres Dienstes, ihnen etwa im Bunde mit einer von den ihr gefährlichen Mächten, Frankreich und Rußland, feindlich gegenüberzutreten. Es war deshalb von größter Wichtigkeit, das Einverständnis mit Wien festzuhalten; in ihm lag unsere Deckung gegen englisch-europäisches Eingreifen. Aus diesen Gründen hat ja, wie bekannt, Bismarck gegen den König und das Militär im Frieden nach dem Kriege 1866 durchgesetzt, daß Österreich nicht Gebietsverkürzungen erfahre und dem gleichen Gedanken entsprang die Bündnispolitik von 1879.

Die Geschichte der österreichischen Handelspolitik nach

Digitized by Google

dem Scheitern des Bestrebens, in den deutschen Zollverein einzutreten, brauchen wir hier nicht eingehender zu betrachten. Nur die wesentlichen Züge seien hervorgehoben, die für den jeweiligen Charakter der Handelspolitik entscheidend waren. Ihre Tendenz war, wie in Deutschland, bis in die siebziger Jahre einen freieren Verkehr zu ermöglichen. Die 1860 zuerst im Cobdenvertrag zwischen England und Frankreich aufgenommene allgemeine Meistbegünstigungsklausel wurde ein Bestandteil der Handelsverträge und speziell Deutschland war Frankreich gegenüber dauernd gebunden, da sie in den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 aufgenommen worden war. Für Österreich waren namentlich die Frankreich und England gewährten Zugeständnisse, die man machte, um den Kapitalmarkt dieser Staaten für die Aufnahme von Staatsanleihen benutzen zu können, schädlich. Die große Wirtschaftskrise von 1873 trug weiter dazu bei, eine Strömung hervorzurufen, die für größeren Schutz der heimischen Industrie eintrat. Auf dem ersten Kongreß der österreichischen Volkswirte in den Apriltagen 1875 kamen die einander gegenüberstehenden Anschauungen in den Schlagworten zum Ausdruck: Vertragstarif oder autonomer Tarif? Die Mehrheit sprach sich für die Kündigung und Nichterneuerung der bestehenden Zoll- und Handelsverträge aus. Auch im Deutschen Reich trat eine Wendung ein, als die deutsche Landwirtschaft durch die amerikanische Konkurrenz den englischen Markt zu verlieren begann. Nationale wirtschaftliche Autarkie wurde das Schlagwort. So wurden die Ende der siebziger Jahre zu Ende gehenden, Zolltarifbindungen enthaltenden Handelsverträge nicht mehr erneuert, sondern Österreich-Ungarn

Digitized by Google

wie Deutschland hatten von nun an eine autonome Zollpolitik, die besonders durch Aufnahme und Steigerung agrarischer Zölle charakteristisch ist. Dieser Zustand autonomer, durch keine Verträge gebundener Handels- und Zollpolitik hatte überall zu erhöhten Zöllen geführt, die schließlich doch als vielfach störend empfunden wurden. So schritt man in den Jahren 1890/91 wieder zu Handelsverträgen, zunächst zwischen Deutschland und Österreich 1892, dann zwischen diesen Staaten und Belgien, der Schweiz und Italien. Sie liefen bis 1903 und waren von da ab auf ein Jahr kündbar. Eine zollpolitische Annäherung ist durch diese Verträge nicht erfolgt und für ihre Aufhebung bereitete man überall autonome Tarife vor (Deutschland vom 25. Dezember 1902, Österreich-Ungarn 13. Februar 1906). Der mit Deutschland von unserer Monarchie geschlossene Handelsvertrag von 1906 läuft bis Ende Dezember 1917.

III.

Welches war der Erfolg des 1906 mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrags? Welches ist heute unsere Stellung zu seinen Tarifpositionen für den Fall einer weiteren Beschreitung des Weges der bloßen Handelsverträge? Welches sind die Gründe, die für eine weitergehende Verbindung, für die Wiederaufnahme des Gedankens einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft sprechen? Das sind wohl die Fragen, die nun beantwortet werden müssen unter Benutzung jener Tatsachen, welche wir über den Fortschritt in unserer volkswirtschaftlichen Produktivität anzuführen vermögen.

Digitized by Google

Es ist kein Zweifel, daß die Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft in der Richtung stärkerer Industrialisierung und größerer Kapitalbildung vor sich geht. Die Produktions- und Konsumtionsziffern von Rohstoffen für Gewerbe, die Zahl der Fabriken und Großbetriebe, die Zunahme der Einlagen in Sparkassen und Banken, die Vergrößerung der Kapitalien der Banken und ihres Anteiles an Industrie- und Handelsunternehmungen sind Symptome dieser Entwicklung. Ein allgemeines Bild gibt uns die anläßlich des Internationalen Statistischen Kongresses in Wien 1913 veröffentlichte Übersicht der Entwicklung auf verschiedenen symptomatisch wichtigen Produktions- und Verkehrsgebieten[1]). Wenn man den Durchschnitt 1882—1886 = 100 setzt, so sind die

Symptome	Indexzahlen				Durchschnittliche jährliche Zu- (+) oder Abnahme (—) in Prozenten der Basis		
	1882	1891	1901	1911	1882 bis 1891	1891 bis 1901	1901 bis 1911
Produktion von Kohle .	90,4	147,5	198,8	230,4	+ 6,3	+ 5,1	+ 3,1
Produktion von Roheisen	87,4	124,5	207,5	321,5	+ 4,1	+ 8,3	+ 11,4
Einfuhr von Rohstoffen	106,9	105,0	160,3	292,6	— 0,3	+ 5,5	+ 13,2
Ausfuhr von Fabrikaten	103,4	103,9	137,8	205,0	+ 0,05	+ 3,3	+ 6,7
Einfuhr von Baumwolle	86,7	116,7	144,9	211,2	+ 3,3	+ 2,8	+ 6,6
Seeschiffahrt	98,6	135,9	195,2	361,3	+ 4,1	+ 5,9	+ 16,6
Güterverkehr der Bahnen	102,1	126,5	149,3	186,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,7
Beförderte Briefe . . .	87,9	139,6	304,7	469,5	+ 5,7	+ 16,5	+ 16,5
Eskomptierte Wechsel. .	104,5	109,6	141,4	365,4	+ 0,5	+ 4,2	+ 22,4
Banknotenumlauf . . .	99,1	122,4	213,0	341,5	+ 2,6	+ 9,1	+ 12,8

[1]) Von Dr. Sorer im Allgem. Statistischen Archiv 1914 veröffentlicht.

Digitized by Google

Symptome	Inderzahlen				Durchschnittliche jährliche Zu- (+) oder Abnahme (—) in Prozenten der Basis		
	1882	1891	1901	1911	1882 bis 1891	1891 bis 1001	1901 bis 1911
Aktienkapital der Aktiengesellschaften	99,3	110,3	169,2	311,6	+ 1,2	+ 5,9	+ 14,2
Sparkasseneinlagen . .	88,7	143,3	209,2	341,2	+ 6,0	+ 6,6	+ 13,2
Durchschnittsguthaben eines Sparbuches . .	97,4	107,2	118,3	144,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,6
Geldwert der Liegenschaften, die den Besitz gewechselt haben . . .	101,9	108,6	143,0	272,2	+ 0,7	+ 3,5	+ 12,9
Tabakverkauf	94,0	114,3	150,2	206,8	+ 2,2	+ 3,6	+ 5,7

Betrachten wir die Steigerung der Produktivität und Leistungsfähigkeit in einzelnen wichtigen Richtungen unter Angabe von positiven Zahlen, so erhalten wir für das letzte Jahrzehnt folgendes Bild. Es betrug unsere Steinkohlenproduktion 1902 110,4 Mill. kg, 1912 158 Mill., von Braunkohlen 221,4 und 262,8 Mill. kg, zusammen ein Wachstum von 331,8 Mill. kg auf 421,7 Mill. kg, demnach um etwa 27 %. Die Roheisenerzeugung hat sich fast verdoppelt, sie stieg von 9,9 Mill. kg auf 17,6 Mill., der Baumwollverbrauch vergrößerte sich von 1,6 Mill. Meterzentner auf 2,2 Mill. Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Industrie stieg von 1902—1912 von 1034 Mill. Kr. auf 1726,4 Mill. Kr.[1]). Die Steigerung der Zahl der fabrikmäßigen Betriebe von 12111 im Jahre 1903 auf 16929 im Jahre 1912 zeigt gleichfalls eine stärkere In-

[1]) Hier wirken allerdings besondere Umstände auf die Größe der Ausfuhr in diesem Jahre ein.

Digitized by Google

dustrialisierung. In den Hüttenbetrieben ist eine Konzentration eingetreten, ihre Zahl fiel daher von 22 auf 16, doch ist die Produktion, wie oben gezeigt, verdoppelt. Die Zahl der Fabriken stieg in der Industrie der Steine, Erden, Ton und Glas von 1913 auf 3041, in der Metallverarbeitung von 1236 auf 1634, in der Erzeugung von Maschinen, Apparaten, Instrumenten, Transportmitteln von 755 auf 1164, in der Industrie der Holz-, Dreh-, Flecht- und Schmelzwaren von 1152 auf 1674, von Waren aus Kautschuk, Guttapercha und Zelluloid von 20 auf 49, in der Textilindustrie von 2264 auf 2792, Bekleidungs- und Pelzwaren von 396 auf 773, Papierindustrie von 635 auf 820, Nahrungs- und Genußmittelindustrie von 1972 auf 2361, chemische Industrie von 751 auf 990, graphische Gewerbe von 376 auf 558, elektrische Zentralanlagen von 250 auf 639. Die Kapitalien der Banken haben sich von 813,4 Mill. Kr. im Jahre 1902 auf 1253 Mill. Kr. im Jahre 1911 erhöht, die Geldeinlagen bei den Banken von 307 Mill. Kr. auf 1134,7 Mill. Kr. Das Guthaben der Interessenten in den Sparkassen betrug 1902 4155 Mill. Kr., 1911 6359 Mill. Kr. Der Eisenbahnfrachtverkehr betrug 1902 119,6 Mill. Tonnen, 1911 146,1 Mill. Tonnen. Der Postanweisungsverkehr ist im internen Verkehr von 1341 Mill. Kr. Einzahlung auf 1810 Mill. Kr. gestiegen. Die Zahl der Telegramme stieg im internen Verkehr in dieser Zeit von 8152726 auf 10039066 Stück, im internationalen Verkehr von 1786424 auf 3228609 Stück. Der Postpaketverkehr ohne Wertangabe ist von 32431500 auf 52040720 Stück im internen Verkehr und von 8588470 auf 27311160 Stück im Verkehr mit

Digitized by Google

Bosnien, Herzegowina, Ungarn und mit dem Ausland gestiegen.

Von den gewerblichen Erwerbstätigen waren 1902 in Österreich tätig in 6149 Betrieben mit mehr als 50 Personen 1 131 550 Arbeiter, das heißt, daß in 0,6 % der Hauptbetriebe 34,1 % der gewerblichen Arbeiter beschäftigt waren. Dieser Prozentsatz ist in der Urproduktion (Bergwerke, Steine) 84,5 %, in der Maschinenindustrie 57,7 %, Papier 58,6 %, chemische Industrie 55,5 %, Baugewerbe 50,8 %, Textilindustrie 48 %, graphisches Gewerbe 45,2 %, Stein und Glas 43,1 %. Es ist das Verhältnis ungefähr gleich dem, das Deutschland 1895 aufgewiesen hat. An Betrieben mit 1000 und mehr Personen zählte man 115 mit 179 876 Personen = 4,5 % von allen Erwerbstätigen und 379 090 Pferdekräften = 22,6 % der ganzen erhobenen Pferdekräfte. Davon entfielen 33 auf den Bergbau, 20 auf Tabakverarbeitung, 7 auf Bauunternehmungen, 5 auf Schmiedeeisenerzeugungen, 4 auf Eisenbahnwerkstätten, 3 auf Dampfmaschinenfabriken, 4 auf Wollwebereien, ferner je 2 Riesenbetriebe für den Wassertransport, Schiffsbau, elektrotechnische Objekte, Filzhüte, Wagenbau, Schafwollspinnereien, eiserne Geschirre, Baumwollwebereien, Apparate, je 1 Riesenbetrieb in 15 anderen Gewerbearten, darunter 5 in der Textilindustrie. Im ganzen sind 29,6 % der erwerbstätigen Personen tätig in Unternehmungen mit mehr als 100 Personen, welche 29,6 % aller gewerblichen Unternehmungen und 70,8 % in den gewerblichen Unternehmungen verwandten Pferdekräften besitzen. Scheidet man die Industrie vom Handel und Verkehr, so ergibt sich, daß in ihr der Gruppe von Be-

Digitized by Google

trieben mit über 100 Personen angehören 0,5 % aller Unternehmungen und Betriebe, 32,3 % aller tätigen Personen, 67,3 % der Pferdekräfte.

Zahl und Kapital (in Millionen Kronen) der Aktiengesellschaften haben sich relativ im Vergleich mit Deutschland im gleichen Verhältnis wie hier vermehrt. Es gab solche in

	Österreich		Ungarn		Deutschland	
	Zahl	Kapital	Zahl	Kapital	Zahl	Kapital
1886	386	1274,9	71	234,0	2143	5688,1
1896	449	1577,0	219	631,5	3712	7986,8
1906	609	2587,1	1895[1])	1327,6	5051	16409,0
1910	709	3354,4	2583	1979,2	5296	15393,5
1912	780	4177,1	2998	2541,7	5421	20226,7

Leider wird die Entwicklung der Aktiengesellschaften in Österreich stark gehemmt durch die hohe Steuer, die sie zu tragen haben. Die Staatssteuer wäre erträglich, sie beträgt normal 10 % vom Reingewinn. Aber die Regierung gestattet den Ländern und Gemeinden Zuschläge zur Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, die das Maß dessen, das im Interesse der Förderung der Industrie einzuhalten wäre, weit übersteigen. Diese Zuschläge sind im Minimum 65,2, 70, 92,5 % in drei Ländern, in zwölf anderen aber über 100 % bis 196,7 %, so daß die Steuer bis zu 29 % vom Reingewinn ausmachen kann.

Dazu kommt vom Jahre 1914 an noch eine neue Belastung derjenigen Personen, welche Mitglieder des Vorstandes, Aufsichts- oder Verwaltungsrates von Aktiengesell-

[1]) Seit 1905 mit Sparkassen-Aktiengesellschaften aber ohne Eisenbahnen und Versicherungsgesellschaften.

Digitized by Google

schaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien sind, durch eine sogenannte „Tantiemeabgabe", welche sie von ihren Tantiemen zu zahlen haben. Sie gilt aber nicht als Erhöhung der Einkommensteuer, sondern ist ausdrücklich als „besondere Abgabe" bezeichnet. Die Einkommensteuer ist in Österreich zuschlagsfrei, die anderen Abgaben sind es nicht. Bei einer solchen, welche die Besoldungen von Privatbeamten trifft, steigen die Zuschläge auf 3—400 %. Auch diese Last ist natürlich eine Erschwerung der Bildung von Aktiengesellschaften.

Es wäre noch auf andere, die Erfolge der Industrie in ökonomischer Hinsicht erschwerende Tatsachen hinzuweisen: die höheren Frachttarife als in Deutschland mit Rücksicht auf die zum Teil durch die Naturbedingungen, zum Teil durch die weniger dichte und verkehrsbedürftige Bevölkerung in großen Teilen der Monarchie hervorgerufenen relativ größeren Betriebskosten, die geringe Konsumkraft eines großen Teiles der Bevölkerung. Wir haben keine ganz verläßliche Schätzung der Größe unseres Volksvermögens, allein die einfache Beobachtung des Reisenden, der Österreich-Ungarn und Deutschland durchfährt, wird in diesem Punkte auf den größeren Volksreichtum Deutschlands aufmerksam werden.

Helfferich hat in seiner bekannten Schrift über den Volkswohlstand das Volksvermögen Deutschlands auf 300 Milliarden Mark geschätzt. Der Direktor der ungarischen Agrar- und Rentenbank Dr Friedrich Fellner hat in einer dem Internationalen Statistischen Kongreß 1913 vorgelegten Abhandlung das gesamte Volksvermögen der Monarchie auf nur 126 Milliarden Kronen veranschlagt. Das

Digitized by Google

ergäbe zum Vergleich gebracht pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland eine Summe von 4100 Mark, in Österreich-Ungarn von 2470 Kronen, also gerade die Hälfte. Ich glaube annehmen zu können, daß das Verhältnis in der Wirklichkeit dieser Schätzung entspricht.

Wir haben ja auch noch Kraftreserven, die nicht ausgenützt sind, in den Wasserkräften der Alpen. Ihre Leistungsfähigkeit wird auf zwei Millionen Pferdekräfte geschätzt. Nimmt man eine Ausnützbarkeit im Jahr durch 8760 Stunden, so ergäbe dies 17 500 Millionen Pferdekraftstunden. Nimmt man nur eine zehnmonatliche Gebrauchsmöglichkeit an, d. i. 7200 Stunden, so wären immer noch 1420800 PS-Stunden zur Verfügung. Das setzt natürlich voraus, daß man aufhört, einzelne Wasserkräfte in den Alpen für einen Fabrikbetrieb oder elektrische Kraftgewinnung zu verwenden. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß der Wechsel in dem Wasserstand und der möglichen Kraftmenge im einzelnen Fall so stark schwankt, daß die regelmäßige Ausnützung verhindert wird. Darum gehen die Pläne der Elektrotechniker dahin, die einzelnen Wasserkräfte zu vereinigen und ihre Leistungen nicht lokal zu verbrauchen, sondern die elektrische Kraft durch Starkstromleitungen auf weite Entfernung in die dichter bevölkerten und dem Verkehr leichter zugänglichen Ebenen zu leiten. Erfahrungen über die Möglichkeit, ohne große Verluste solche Fernleitungen durchzuführen, liegen namentlich aus den Vereinigten Staaten vor. Eine solche Kraftgewinnung würde eine große Kohlenersparung bedeuten und Österreich dadurch zu einer stärkeren Industrialisierung mit geringeren Kosten als heute führen.

Digitized by Google

Unser gewerbliches Bildungswesen ist mustergültig. Der Leitgedanke seiner Organisation ist, die Fortbildung des gewerblichen Nachwuchses nach dem Eintritt in das Gewerbe durch bestimmte Schultypen zu fördern. In zwei neuen Haupttypen von gewerblichen Lehranstalten, und zwar „Bau- und Kunsthandwerkerschulen" und Fachschulen für gewerbliches Zeichnen wurde dieser Reformgedanke zuerst verwirklicht. Ferner wird Gewicht darauf gelegt, daß eine möglichst enge Verbindung zwischen Schule und gewerblicher Praxis stattfinde. Die Lehrer an den Schulen haben daher nicht nur die Aufgabe, in der Schule zu lehren, sondern in weitgehendem Maße auf die in ihrem sachlichen und territorialen Wirkungskreise arbeitenden Gewerbetreibenden durch Abhaltung von Wanderunterricht, durch unentgeltliche Erteilung von Ratschlägen und Auskünften, durch unentgeltliche Beistellung von Zeichnungen und Modellen, durch Abhaltung von Kursen direkten Einfluß zu nehmen. Dazu tritt eine Zentralstelle mit Filialen in den Provinzen, die namentlich für den Unterricht in der Maschinentechnik und in der Anwendung neuer Arbeitsmethoden, neuer Werkzeuge und Rohstoffe, durch mehrwöchentliche Kurse und durch Vermittlung des Ankaufs solcher Maschinen und Werkzeuge für Genossenschaften von Gewerbetreibenden, diese auf die Höhe der gewerblichen Technik zu bringen versucht.

Daß insbesondere unser Kunsthandwerk, Kunstgewerbe und Kunst-Kleinindustrie neben der Kunst-Großindustrie ebenbürtig dasteht und große Erfolge hat, haben unsere Ausstellungen, wie jene in Köln in diesem Jahre, zur Genüge bewiesen. Der große Erfolg, den unsere Architekten, Bildhauer aufzuweisen haben, wird auch geteilt von solchen

Digitized by Google

gewerblichen Betrieben, welche in der Glas-, Holz-, Toninduſtrie Waren herſtellen. Die Aufträge, welche unſere Ausſteller in Köln erhalten haben, ſind vielfach an von dem genannten Gewerbeförderungsamt unterſtützte Produktivgenoſſenſchaften gegangen, welche neben die großen Induſtriellen treten. Unſere beſſeren Glaswaren gehen nach den Vereinigten Staaten, unſere Bugholzmöbel gehen in großen Mengen nach Frankreich. Viele öſterreichiſche Ingenieure haben in deutſchen Staatsfabriken führende Stellungen inne, die Erzeugniſſe einzelner öſterreichiſcher Maſchinenfabriken (z. B. Ruſton) galten im Reiche bis vor wenigen Jahrzehnten als muſtergültig. Daß in dieſer Richtung eine Verſchiebung ſtattgefunden hat, liegt nicht an dem Abnehmen unſerer techniſchen Begabung, ſondern an den oben hervorgerufenen ungünſtigen Produktions- und Abſatzbedingungen. Unſere Tauernbahn wird von ausländiſchen Eiſenbahntechnikern allgemein als ein Muſterwerk bezeichnet. Daß auch unſere Architekten Gutes leiſten, hat ſich auf der Leipziger Baufachausſtellung gezeigt, ebenſo hat unſere Induſtrie in der Ausſtellung in Toronto in Kanada im vorigen Jahre große Erfolge erzielt. Wir brauchen nur die Zeit, um einige nicht natürliche Erſchwerungen unſerer Induſtrieentwicklung zu beſeitigen, und würden bei einer Ausdehnung des Marktes leichter arbeiten können.

IV.

Welches iſt nun die Entwicklung des Warenverkehres zwiſchen Deutſchland und unſerer Monarchie ſeit dem letzten Handelsvertrag, alſo ſeit 1906, unter einem kurzen Rückblick auf die frühere Zeit.

Digitized by Google

	Einfuhr aus Deutschland Millionen Kronen	Ausfuhr nach Deutschland Millionen Mark
1880	—	401
1890	440 (1891)	583
1900	635	704
1905	804	752
1906	—	810
1907	993	813
1908	1010	751
1909	1081	754
1910	1186	759
1911	1282	739
1912	1441,	830,
	darunter Fabrikate:	darunter Fabrikate
	800	230

Die Veränderung in der Handelsbilanz mit dem Jahre 1906, also nach Abschluß des geltenden Handelsvertrags mit Deutschland, tritt in dieser Übersicht deutlich hervor. Der Vertrag wurde von seiten Österreich-Ungarns noch unter dem Einfluß der Erfahrungen der Vergangenheit geschlossen, daß für unsere volkswirtschaftlichen Interessen vor allem Ermäßigungen agrarischer Zölle im Auslande wünschenswert sind. Dadurch wurde der Schutz der Industrien im Inlande weniger stark verteidigt. Heute muß jeder, der Einblick nimmt in die Ein- und Ausfuhrzahlen, sich sagen, daß die Voraussetzungen für die Richtung der Handelspolitik im Jahre 1906 nicht mehr in den Tatsachen begründet waren. Das Anwachsen des Konsums der landwirtschaftlichen Produkte im Inland durch die Vermehrung der Bevölkerung und Erhöhung der Kaufkraft wegen zunehmender Industrialisierung, haben zweifellos in der Richtung gewirkt, daß die Erhöhung der Preise im Inlande die Ausfuhr einschränkte. Aber es muß auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Intensität der landwirtschaft-

Digitized by Google

lichen Produktion, d. h. die Erzielung hoher Erträge durch Verbesserung der Bebauungsmethoden, bei uns nicht in so großem Umfange eingetreten ist, wie in Deutschland. Es war der Durchschnittsertrag in 100 kg pro Hektar im Jahre 1912:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
Österreich	15,0	14,6	16,0	13,0	100,2
Deutschland	22,6	18,5	21,9	19,4	150,1

In allen Getreidearten zusammen war der Ertrag pro Hektar in

	Österreich Meterzentner	Ungarn Meterzentner
1880—1889	9,8	8,8
1890—1899	10,4	10,2
1900—1910	11,8	11,5

Es ist daher zweifellos eine Besserung eingetreten, welche wohl noch weiter gehen wird. Die Bewegung ist aber nicht von derselben Intensität wie in Deutschland.

Die Folge dieser Tatsachen war, daß unsere Ausfuhr von landwirtschaftlichen Bodenprodukten immer mehr zurückging, ja manchmal einer Mehreinfuhr Platz machte. So fiel die Ausfuhr von Weizen von 195056 q im Jahre 1906 auf 553 q im Jahre 1913 und betrug im ganzen der Jahre 1906—1913 einschl. nur 269061 q, während die Einfuhr aus Deutschland 660997 q betragen hat. Wir sind also bei schlechten Erntejahren bereits auf eine Einfuhr angewiesen, die bedeutend ist. In normalen Jahren ist die Einfuhr nicht groß. Sie war 1912 33362 q, 1913 11138 q aus Deutschland. In Roggen hatten wir im ganzen sehr geringe Ausfuhren, nur in den zwei Jahren 1906 und 1907 übertrafen sie offenbar wegen schlechter Ernte in Deutschland stark die deutsche Einfuhr. Die Roggeneinfuhr zeigt überhaupt

Digitized by Google

starke Schwankungen, sie betrug 1906 676779 q, 1913 nur 56115 q. In Gerste ist die Einfuhr unbedeutend, die Ausfuhr durch den deutschen Gerstenzoll aber auf die Hälfte reduziert worden. Im Jahre 1905 wurde der Höhepunkt von einer Ausfuhr von 3694226 q erreicht, nach 1906 sinkt sie bis 1913 auf 1418600 q. Dieselbe Erscheinung beobachten wir beim Mehl aus Getreide und aus Hülsenfrüchten. 1906 war der Höhepunkt: in Ausfuhr von 228549 q, dann sinkt sie stark und beträgt 1913 nur mehr 56018 q. Die Einfuhr war immer gering, das Sinken der Ausfuhr ist hier wohl durch den stärkeren Inlandsbedarf zu erklären. Auch die Erhöhung des Malzzolles hat unsere Volkswirtschaft geschädigt. Während 1905 noch 1055561 q ausgeführt wurden, ist die Menge 1906 auf 877791 q gesunken, steigt ein wenig 1907, um dann mit Regelmäßigkeit auf 473119 q im Jahre 1912, 535237 q im Jahre 1913 zu sinken. An Hafer hat die Monarchie selten eine starke Ausfuhr gehabt. Die Einfuhr schwankt so stark — 1907 1593 q, 1911 201927 q, 1913 65171 q —, daß hier offenbar Ernteschwankungen maßgebend sind.

Auch die Ausfuhr von Vieh — die Einfuhr ist gering, aber steigend, sie betrug 1912 6240 Stück im Werte von 3 Mill. Mk. — ist zurückgegangen. Bei Ochsen haben wir ein Sinken von dem Maximum (1903) von 105170 Stück auf 29170 Stück im Jahre 1913. Bei Kühen war eine starke Senkung von 81645 Stück 1903 auf 1913 im Jahre 1911, dann wieder ein Steigen auf 18746 im Jahre 1913. Dieselbe Bewegung zeigt sich im Jungvieh, von dem das Maximum im Jahre 1902 ausgeführt wurde, 44022 Stück, dann folgt eine regelmäßige Abnahme bis zu dem Krisen-

Digitized by Google

jahre 1911: 650 Stück, hierauf wieder ein Ansteigen auf 14528 Stück im Jahre 1913. Es ist demnach im ganzen die wichtige Tatsache auch bezüglich des Rindviehs festzustellen, daß die Monarchie von ihrem früheren starken Export viel hat aufgeben müssen. Es hängt dies wohl mit dem Wachstum der Bevölkerung zusammen und mit der Zunahme des Konsums, doch dürften noch andere in der Organisation der Viehzucht liegende Gründe maßgebend sein. Es ist vor allem eine mangelnde Kontinuität des Betrages der Futterernten zu beobachten. Schlechte Futterernten wie in den Jahren 1908 und 1909 zwingen den Landwirt, der die gestiegenen Futtermittelpreise nicht bezahlen kann, das Vieh schließlich um jeden Preis zu verkaufen. Darum zeigt uns die Viehzählung vom 31. Dezember 1910 einen so starken Rückgang der Rinder.

Vergleichen wir die Ein- und Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten von und nach Deutschland im Jahre 1912, so haben wir nur wenige Zahlen und Summen einander gegenüberzustellen. Es betrugen die Werte in Millionen Mark (die Krone nach dem Nominalwert in Mark umgerechnet) in der österreichischen

	Einfuhr	Ausfuhr
Getreide	6,07	25,0
Gerste	—	29,6
Obst, Gemüse, Sämereien	26,00	14,0
Häute	25,00	40,5
Eier	—	84,0
Geflügel	—	9,0
Holz	—	89,5
Rindvieh	—	29,7
Hopfen	—	13,8

Digitized by Google

Die Einfuhr jener Produkte, für die keine Werte angegeben sind, war so klein, z. B. Gerste für 12000 Mk. und dergleichen, daß sie hat vernachlässigt werden können. Der Handel mit diesen landwirtschaftlichen Produkten ergäbe daher ein Plus zugunsten Österreichs von rund 278 Mill. Mk.

An Bergwerksprodukten kommen Kohlen in Betracht mit einer Einfuhr aus Deutschland im Betrage von 170 Mill. Mk. gegen unsere Ausfuhr in der Höhe von 87,2 Mill. Mk. Mineralöle ergaben zugunsten unserer Ausfuhr 23,7 Mill. Mk., so daß zusammen das Plus Deutschlands aus der Kohleneinfuhr nicht gedeckt ist.

Bei der Beurteilung unseres Handels in Industrieprodukten mit Deutschland müssen wir in bezug auf die Statistik auf die Tatsache Rücksicht nehmen, daß unsere österreichische Ausfuhrstatistik und die deutsche Einfuhrstatistik auf diesem Gebiete nicht übereinstimmen. Die erstere gibt höhere Mengen und Werte an als die letztere. Es dürfte dies darauf beruhen, daß wir durch Vermittlung deutscher Händler oder Transportanstalten Waren nach anderen Ländern versenden. Sie werden bei der Aufgabe hier in Österreich-Ungarn als nach Deutschland dirigiert bezeichnet, während sie in Wirklichkeit weitergeführt werden. Da wir nicht über unseren Exporthandel überhaupt, sondern nur über unseren Spezialhandel mit Deutschland sprechen wollen, müssen wir uns an jene Wertsummen halten, welche die deutsche Einfuhrstatistik aufweist. Danach erhalten wir, wenn wir die Textilwarenbewegung betrachten, folgende Bilanz. Es betrug 1912 für unsere Monarchie die Ausfuhr nach und die Einfuhr aus Deutschland in Millionen Mark:

Digitized by Google

	Ausfuhr	Einfuhr
Baumwollwaren	2,5	17,80
Wollwaren	3,0	15,89
Leinengarn	10,0	2,12
Leinenwaren	1,5	—
Seidenwaren	3,3	15,80
Konfektionswaren und Hüte	6,8	10,79
	27,10	62,40

Wir haben daher in diesem Zweige der Industrie ein Handelspassivum gegen Deutschland von 35,30 Mill. Mk. Nehmen wir Leder- und Kautschukwaren, so ergibt sich folgender Verkehr:

	Ausfuhr	Einfuhr
Leder	17,8	43,0
Lederwaren, Handschuhe	5,9	19,21
Kautschukwaren	1,7	12,8
	25,4	75,01

Mithin ein Passivum von 49,99 Mill. Mk. für Österreich-Ungarn. In Holz- und Drechslerwaren haben wir eine Ausfuhr im Werte von 12,2 Mill. Mk., aber eine Einfuhr im Werte von 20,3 Mill. Mk. Ton-, Glas- und Steinwaren gingen im Werte von 2,2, 9,2 und 2,5 Mill. Mk. nach Deutschland, dagegen war die Einfuhr in diesen Waren 7,82, 6,12 und 7,7 Mill. Mk. In Papier und Papierwaren führten wir für 5,4 Mill. Mk. aus, für 24,4 Mill. Mk. ein. In der Eisen- und Maschinenindustrie stehen sich gegenüber:

Ausfuhr		Einfuhr	
Eisen und Eisenwaren .	8,9	Eisen-Halbfabrikate . . .	36,85
Metallwaren	20,0	Eisenwaren	42,12
Maschinen und elektrische		Metallwaren	15,54
Erzeugnisse, Fahrzeuge	5,8	Maschinen und Apparate	93,00
	34,7	Elektrische Apparate . .	31,45
			218,96

Digitized by Google

Demnach ein Saldo zu unseren Ungunsten von 183,26 Mill. Mk.

An Musikinstrumenten führten wir für 1,8 Mill. Mark aus, an Instrumenten und Uhren für 27,7 Mill. Mark ein; Farben und Chemikalien, Arzneien und Parfümeriewaren führten wir im Werte von 25 Mill. Mark aus. Dagegen betrug die Einfuhr von Chemikalien 34,55 Mill. Mk., von Farben, Arzneien und Parfümeriewaren 23 Mill. Mk. Dazu kommen noch 25 Mill. Mark für die Einfuhr von Edelmetallwaren, der keine Ausfuhr nach Deutschland gegenübersteht. Das ergibt für die hier ausgewählten Industrien einen Passivsaldo von 387 Mill. Mark für Österreich-Ungarn. Rechnen wir noch die allerdings nicht ganz — nur wegen Papier und Druck — der Industrie zugehörige Mehreinfuhr von Büchern und Bildern hinzu im Betrage von 30,5 Mill. Mk., so kommen wir zu einem Passivum von 417,5 Mill. Mk. Diese Summe ist keine vollständige Auflösung unserer Minderausfuhr in der genannten Gruppe Fabrikate, aber sie zeigt uns die Hauptgruppen, welche dabei in Betracht kommen. Die stärksten Überschüsse zu unseren Ungunsten liegen auf dem Gebiet der Eisen-Metallwaren, Maschinen und Apparate, Instrumente und Uhren, Chemikalien und Arzneiwaren.

Mit diesen Zahlen ist natürlich nicht die Stellung der österreichisch-ungarischen Industrie zum Außenhandel überhaupt charakterisiert, es sind ja auch für Deutschland nur gewisse Gruppen ausgewählt worden. Da aber der Anteil Deutschlands an der Gesamteinfuhr etwa 36 % und unsere Ausfuhr nach Deutschland und durch die Handelsvermitt-

Digitized by Google

lung Deutschlands 48 % der Gesamtausfuhr ausmacht, ist unsere handelspolitische Stellung zu Deutschland ganz besonders wichtig. Es ergibt sich, daß bei Erneuerung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland von unserer Seite dafür gesorgt werden muß, daß unserer aufstrebenden Industrie der nötige Schutz verbleibt, bis auch sie in der Lage ist, den freien Wettbewerb mit der deutschen auszuhalten. Es darf allerdings nicht daran gedacht werden, daß in dem Falle, als sich eine Zoll- und Handelsvereinigung mit dem Deutschen Reich verwirklichen ließe, die Ausdehnung des Schutzzolles gegen Deutschland bei uns in dem gleichen Maße erhalten werde wie bisher. Es wird daher eine besondere, nur durch eingehende Untersuchungen der Lage der einzelnen Industrien erlangbare Unterscheidung der schutzbedürftigen und nicht schutzbedürftigen Industrien gemacht werden müssen. Von der Landwirtschaft wird bei Aufrechterhaltung eines Außenzolles der Vereinigung in einer wohl etwas gemäßigteren Höhe gegenüber den heutigen Zöllen nicht gesagt werden können, daß sie zu Schaden kommt. Es wird im Gegenteil, wenn ein freierer Verkehr in dem großen mitteleuropäischen Gebiet ermöglicht wird, mehr Anregung gegeben werden, auch bei uns die Landwirte zu einer verbesserten Wirtschaftsführung anzuleiten. Mit der Vergrößerung des Konsumgebietes ist ja dieser Anreiz von selbst gegeben. In bezug auf die Industrie kommen wohl zwei Zollfragen in Betracht. Die Höhe des Außenzolltarifes und die Ausdehnung in bezug auf zu schützende Industrien und die Höhe dieses Schutzes in dem Zwischenverkehr zwischen den beiden Monarchien. Was den ersteren Fall anbelangt, so ergibt eine

Digitized by Google

Vergleichung der Industriezölle unseres Zolltarifs mit dem deutschen, daß sie maßvoll und vielfach von derselben Höhe sind. Dadurch ist ja auch die Einfuhr deutscher Fabrikate so erleichtert, wie wir gesehen haben, aber andererseits ist dadurch die gemeinsame Aufstellung eines gemeinsamen Außenzolltarifs weniger schwierig. Jene Schwierigkeiten, die aus der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel entspringen, fallen heute weg. Durch den Krieg ist jedem Staat seine Freiheit wiedergegeben, und namentlich die dauernde Bindung Deutschlands, die durch die Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in dem Frankfurter Friedensvertrag mit Frankreich entstanden war, besteht heute nicht mehr. Ich gebe im folgenden eine Übersicht von der Höhe wichtigerer Industriezölle in Deutschland und in Österreich-Ungarn unter Umrechnung der Kronen im Tarif dieser Monarchie in Mark, unter Zugrundelegung des Nominalwertverhältnisses zwischen Mark und Kronen, da wir ja die augenblickliche Abweichung davon nicht einer Untersuchung zugrunde legen können, welche auf dauernde Zustände berechnet ist. Es schwanken die Zölle für 100 Kilo in Mark ausgedrückt bei

	Österreich-Ungarn	Deutschland
Baumwollwaren	6,46—300	50—200
Leinen-, Hanf- und Jutegarn	2,55	4—12
Leinenwaren	12,75—171,50	12—150
Kammgarn	10,20—40,80	8—24
Wollwaren	102—222,70	135—220
Seidenwaren	350—807,50	450
Packpapier	2,82—3,40	3
Papier und b. b.[1])	7,50	6
Seifen	7,65—28,20	5—30

[1]) b. b. = nicht besonders benannte Produkte der Warengattung.

Digitized by Google

	Österreich-Ungarn	Deutschland
Kautschukwaren	68	40,60
Leder	25,5—46,75	30—36
Schuhwaren	59,4—88,10	60—90
Handschuhe	132,75	125
Holzwaren	3,06—17	4—30
Hohlglas	3,06—17	3—20
Porzellan	10,2—20,40	10,20
Roheisen	1,27	1
Stärke	13,60	14
Arzneiwaren	48,45	40,500

Mit der Frage eines einheitlichen Zolltarifs nach außen hängt eine andere wichtige Frage zusammen. Die Zollsätze müssen in einer bestimmten Währung ausgedrückt sein. Es ist klar, daß dabei die Währung Deutschlands den Vorzug verdient, weil Deutschland einen viel größeren Weltverkehr hat als die österreichisch-ungarische Monarchie. Die Zollsätze müßten daher in Mark festgesetzt werden. Eine Umwandlung der Kronenwährung unserer Monarchie in die Markwährung wäre dabei erwünscht und würde den gesamten Wirtschaftsverkehr erleichtern. Wenn aber die Widerstände dagegen zu groß sein sollten, so müßte man, wie dies ja auch im deutschen Zollverein der Fall war, der Berechnung der Zollsätze in Kronen bei der Zahlung an der österreichisch-ungarischen Zollgrenze bzw. auch für den während eines Übergangszeitraumes für einige Industrieprodukte in Österreich-Ungarn bestehenden Zollverkehr mit Deutschland eine gesetzlich fixierte Relation, die dem Prägeverhältnis von Mark und Krone entspricht, zugrunde legen.

Andererseits bestehen allerdings auch große Unterschiede bei wichtigen Industrieprodukten. Solche zeigen sich in

Digitized by Google

bei	Österreich-Ungarn	Deutschland
Stabeisen	5,20	2,50
Blech	7,65	3—4,50
Draht	8—11,94	2,50—3,75
Werkzeuge	32,80—42,70	15—28
Schrauben	10,20—42,70	5—18
Messerschmiedewaren	34—138,75	12—24
Gußwaren und d. d.	4,2—25	2,5—9
Lokomotiven	24,25	9,11
Dampfmaschinen und Motoren	15,30—85	3,50—100
Maschinen und d. d.	10,80—22,00	3—15
Schwefelsäure	1	frei
Ätznatron	4,72	3,50
Bleiweiß	8,16	frei
Leim	8,07	3
Chemikalien und d. d.	15 %	frei

In der ersten Gruppe dieser Zölle liegen die Rohmaterialien der Eisen verarbeitenden Industrien, welche sämtlich nur in großen Werken, welche widerstandsfähig sind gegen die deutsche Konkurrenz, erzeugt werden.

Überblicken wir die Gesamtheit der beiden Zolltarife, so will es mir scheinen, daß in der einen für eine Zolleinigung grundlegenden Frage — einheitlicher Zolltarif nach außen — eine Übereinstimmung erzielt werden kann. Soweit Agrarprodukte in Frage stehen, fehlt es an Reibungen, die zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Landwirten, soweit der Verkehr innerhalb einer angenommenen Zollunion in Betracht kommt. Das stetige Wachstum der Bevölkerung erweitert hier im Laufe der Zeit den Markt von selbst. Was die notwendigen agrarischen Zölle nach außen anbelangt, dürfte eine Einigung leicht zu erzielen sein, da die Verschiedenheit heute nicht groß ist. Eine Ermäßigung der Getreidezölle wäre allerdings erwünscht.

In bezug auf den internen Verkehr mit Industriepro-

Digitized by Google

dukten zwischen den heute getrennten Zollgebieten der beiden Monarchien bedarf es eingehenderer Untersuchungen, als es in dieser nur die allgemeinen Fragen einer Zollunion behandelnden Arbeit möglich ist. Nur eine Folge des heute zu beobachtenden Tauschverkehres ergibt sich wohl auch aus der allgemeinen Betrachtung: Die österreichisch-ungarische Monarchie nimmt heute mehr als dreimal so viel Industrieprodukte aus Deutschland auf als Deutschland von ihr. Es kann daher bei einer Zollvereinigung — wie auch bei einem etwaigen selbständigen Handelsvertrag — nicht die Rede davon sein, daß wir neue Erleichterungen bieten, ohne einen Ersatz zu finden. Daß eine vollständige, unvorbereitete Aufhebung des bisherigen Zollsystems und Einführung völlig freien Verkehres in Industrieprodukten für unser Wirtschaftsgebiet eine Krise bedeuten müßte, ist wohl jedem einsichtigen Beobachter des Verhältnisses der beiderseitigen Industrieentwicklung klar. Damit stehen wir vor dem Problem, wie man über diese Schwierigkeit hinwegkommen kann, um das größere Ziel zu erreichen. Wir wollen immer im Auge behalten, daß es sich, wenn wir auch an die Einbeziehung Belgiens denken, um ein Gebiet von 1 195 728 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 126 Millionen Personen handelt. Daß diese Gemeinschaft von der Adria bis zur Nordsee reicht, den Verkehr mit allen Weltteilen nach dem Kriege wieder aufnehmen wird und durch seine Größe und die Mannigfaltigkeit der Produktionsgelegenheiten einen starken Einfluß auf den Orient gewinnen kann. Jene Ideen, welche Schäffle, Bruck, Kübeck in wirtschaftlicher Beziehung in den fünfziger und anfangs der sechziger Jahre vertreten haben, sollten heute noch

Digitized by Google

stärker wirken, da die politische Eifersucht keine Rolle mehr spielt. Heute dürfen wir uns auch daran erinnern, daß selbst Bismarck Ende der fünfziger Jahre eine solche Vereinigung schaffen wollte und daß er sie in politischer Beziehung zwanzig Jahre später auch wirklich schuf. Je größer der Raum, je größer die Bevölkerung, desto leichter wird eine Vervielfältigung der Produktions- und Abgrenzungsmöglichkeiten. Wenn dieses Ziel nicht auf einmal erreicht werden kann, das große Wirtschaftsgebiet als vollkommen freies Wirtschaftsgebiet zu behandeln, so dürfte das nicht gegen den Aufbau sprechen.

Manche unserer Industriezölle können ermäßigt werden, so jene in der ersten Gruppe der Eisenindustrie. Die Unternehmungen, welche Stabeisen, Blech und Drähte erzeugen, sind gleich den Erzeugern des Roheisens heute von einer solchen Kapitalsstärke, daß eine „Überrennung" durch deutsche Konkurrenten ausgeschlossen ist. Es würde wohl bald zu einem Kartellvertrag kommen. Jede Ermäßigung der Preise für jene Produkte bedeutet aber für die Eisen verarbeitende Industrie in Österreich eine Stärkung ihrer Stellung, und daher eine Erleichterung in den Bedingungen des Konkurrenzkampfes. Wenn wir also für gewisse Industrieprodukte Zwischenzölle behalten müssen, so wird dies, wie wir hoffen, nur ein Übergangsstadium bedeuten. Man muß bei so großen Verschiebungen in den Bedingungen der industriellen Produktion aber noch weiter blicken. Die deutsche Industrie hat Vorteile der Lage, die unserer nicht gegeben ist: Die großen, vom Meer aus schiffbaren Ströme, das wunderbare Netz von künstlichen Wasserstraßen, welche diese Ströme verbinden, die reichen Kohlenlager in günstiger

Digitized by Google

territorialer Verteilung, eine schon seit Jahrzehnten geschulte Arbeiterbevölkerung. Auch die Belastung durch Steuern erreicht in Deutschland nicht die Höhe wie bei uns. Es muß uns daher Gelegenheit gegeben werden, jene Bedingungen, die durch Maßregeln der Verwaltung und Gesetzgebung zugunsten unserer industriellen Entwicklung verändert werden können, zu schaffen. Dazu brauchen wir Zeit, und während dieser Übergangszeit müssen wir für gewisse Industrieprodukte Zwischenzölle verlangen. Natürlich kann es sich nicht um Ausgleichung natürlicher Bedingungen, sondern nur um solche der Rechts-Steuerordnung und der administrativen Befugnisse handeln. Ich erwarte gerade von dem Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zwischen unserer Monarchie und Deutschland, der einen freieren Verkehr als Ziel nimmt, die Anregung zu solchen Änderungen. Wir werden uns auf manchen Gebieten des wirtschaftlichen Verwaltungsrechts, z. B. auf dem des Aktienrechts, des Börsenrechts u. dgl. zu gleichartiger Gesetzgebung entschließen, und wir können hoffen, daß auch der persönliche Verkehr dann intensiver wird. Ich glaube, daß unter der Voraussetzung der Schaffung einer Wirtschaftsunion auch leichter deutsches Kapital in Österreich-Ungarn Anlage suchen wird. Wir haben eine Zeit gehabt, wo uns durch Zuwanderung deutscher Industrieller großer Nutzen geworden ist. Ich halte es für möglich, daß gerade die besonderen Bedingungen, die nach dem jetzigen Kriege gegeben sein werden, deutsches Kapital veranlassen können, in unserer Monarchie Anlage zu suchen und produktive Unternehmungen zu unterstützen. Der Verkehr mit England, Frankreich und Rußland wird wohl nicht sobald wieder jene Intensität bekommen, die er

Digitized by Google

UNIV. OF CALIFORNIA

früher gehabt hat. Die von unseren Handelspolitikern, Bruck, Kübeck, Hock, Schäffle, in der Mitte des 19. Jahrhunderts vertretene Ansicht, daß der Orient noch entwicklungsfähig ist und, unter dem Einfluß Deutschlands in seiner Kultur gehoben, ein brauchbares Produktions- und Konsumtionsgebiet abgeben könne, dürfen wir wohl auch heute noch teilen. Jedenfalls ist eine solche Tendenz neben der größeren in Deutschland herrschenden nach Teilnahme am überseeischen Weltverkehr nicht auszuschließen.

Digitized by Google

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Digitized by Google

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Von den

Schlachtfeldern in Galizien

Kleine Bilder aus dem großen Kriege

von

Ludwig Bauer

Preis kartoniert M. 1.20

Diese kurzen feinen Skizzen des österreichischen Schriftstellers werden unter den diesjährigen Erscheinungen über den Krieg einen besonderen Platz einnehmen. Sie bringen keine rauhen Kriegserlebnisse. Spiegelungen von Erlebtem sind es — der Verfasser war bis vor kurzem auf dem galizischen Kriegsschauplatz im österreichischen Kriegspressequartier —, seelische Eindrücke und Stimmungen, die stille Menschen suchen und Tausende finden werden.

Digitized by Google

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Gegen die Russen

mit der Armee Hindenburgs

von

Paul Lindenberg

Kriegsberichterstatter beim Armee-Oberkommando des Ostheeres

11. Auflage

Preis geheftet M. 2.—, gebunden M. 3.—

Treffliche, aus wahrhafter, frischer Empfindung heraus gezeichnete Augenblicksbilder, die erfüllt sind von der Bewunderung über die Tapferkeit und den Geist unserer Feldgrauen droben im Osten. Einen Denkstein hat Lindenberg unseren Helden errichtet, die unter den allerschwierigsten Verhältnissen die bedrohte Heimat vom Feinde säuberten, und ein bleibendes Erinnerungsbuch geschaffen für alle, deren Gedanken daheim voll Stolz unseren Soldaten folgen.

Digitized by Google

VERLAG von S. HIRZEL in LEIPZIG

Von Hütte zu Hütte

Führer zu den Schutzhütten der Deutschen und Österreichischen Alpen. Unter Mitwirkung der Sektionen des Deutschen und Österreichischen Alpen-Vereins und der übrigen hüttenbesitzenden Vereine herausgegeben von

Dr. JOSEF MORIGGL, Alpenvereins-Sekretär

INHALTS-ÜBERSICHT.

1. Band:	**Bregenzerwald, Allgäuer, Lechtaler Alpen, Wetterstein, Karwendel, Rofan, Bayrische Voralpen, Rhätikon, Silvretta- und Ferwallgruppe.**
2. Band:	**Ötztaler-, Stubaier-, Sarntaler Alpen, Sesvenna-, Ortler- und Adamello-Gruppe.**
3. Band:	**Zillertaler Alpen, Venediger Gruppe, Glockner- und Granatspitzgruppe, Rieserfernergruppe, Villgrattner Berge, Schobergruppe, Kitzbüheler Alpen.**
4. Band:	**Etschbuchtgebirge, Dolomiten, Gailtaler Alpen.**
5. Band:	**Goldberggruppe, Ankogel-Reisseckgruppe, Kreuzeckgruppe, Nied. Tauern, Norische Alpen, Karawanken, Steiner- und Julische Alpen.**
6. Band:	**Kaisergebirge, Salzburger und Steirische Kalkalpen, Ober- und Niederösterreichische Voralpen.**

Preis jedes Bandes M. 3.— (K. 3.60).

Digitized by Google

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

NA SA ME CU

Natura sanat, medicus curat

Der gesunde und kranke Mensch

gemeinverständlich dargestellt

von

Dr. med. Georg Groddeck

Preis gebunden 3 Mark

„Und schon deshalb ist das Buch Groddecks so fabelhaft interessant, weil es uns in leichtfaßlicher, nirgends doktrinärer Weise, in der Form instruktiver Unterhaltungen, Aufklärungen über Dinge gibt, die eigentlich jeder gebildete Mensch schon um seiner selbst willen unbedingt wissen müßte. Ja, müßte: nicht weil uns diese Kenntnis für alle Fälle den Arzt erspart, sondern weil es ein einfacher Nonsens ist, daß wir vielleicht alles kennen, was das Leben lebenswert macht, aber das Wichtigste nicht: unseres Lebens Quelle ... Wer Groddecks Buch aufmerksam liest, wird etwas lernen, was ihm kein Arzt geben kann: Das Vertrauen zu der Kraft der menschlichen Natur und damit zu sich selbst."

(Hamburger Nachrichten.)

Digitized by Google

Digitized by Google

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE STAMPED BELOW

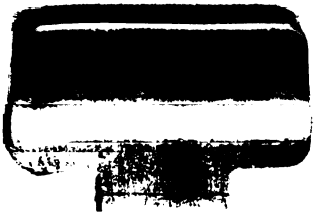
AN INITIAL FINE OF 25 CENTS
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY OVERDUE.

NOV 15 1938

LD 21-95m-7,'37

Digitized by Google

YC 88933



G.E. STECHERT & Co.
ALFRED HAFNER
NEW YORK

Digitized by Google

Zwischen Krieg und Frieden

Heft 1: G. Irmer, Los vom englischen Weltjoch. 7.–9. Tausend. 80 Pf.
Heft 2: F. v. Liszt, Ein mitteleuropäischer Staatenverband. 4.–6. Tauf. 80 Pf.
Heft 3: A. Dix, Der Weltwirtschaftskrieg. 5. Tausend. 80 Pf.
Heft 4: H. Grothe, Deutschland, die Türkei und der Islam. 4.–7. Tauf. 80 Pf.
Heft 5: Frhr. v. Zedlitz u. Neukirch, Die Reichs- und Staatsfinanzen. 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 6: O. Hoetzsch, Rußland als Gegner Deutschlands. 4.–6. Tauf. 80 Pf.
Heft 7: K. Lamprecht, Krieg und Kultur. 4.–6. Tausend. 1 Mark.
Heft 8: J. Rießer, England und wir. 2. vermehrte Aufl. 1 M. 20 Pf.
Heft 9: M. v. Brandt, China und Japan. 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 10: E. Dryander, Weihnachtsgedanken in der Kriegszeit. 4.–6. Tausend. 60 Pf.
Heft 11: C. Peters, Das deutsche Elend in London. 4.–6. Tausend. 80 Pf.
Heft 12: M. Apt, Der Krieg und die Weltmachtstellung des Deutschen Reiches. 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 13: H. J. Losch, Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock und das Schicksal Belgiens. 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 14: E. v. Philippovich, Ein Wirtschafts- und Zollverband zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. 4.–6. Tausend. 80 Pf.
Heft 15: P. D. Fischer, Der Krieg und der internationale Nachrichtenverkehr. 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 16: A. Matthias, Krieg und Schule. 4.–6. Tausend. 80 Pf.
Heft 17: L. Braun, Die Frauen und der Krieg. 4.–6. Tausend. 80 Pf.
Heft 18: E. Schultze, Was verbürgt den Sieg? 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 19: E. Pályi, Deutschland und Ungarn. 1.–3. Tausend. 80 Pf.
Heft 20: O. Külpe, Die Ethik und der Krieg. 1.–3. Tausend. 80 Pf.

S. Hirzel in Leipzig

Digitized by Google